

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei teiler Zahlung im Voraus für Groß-Berlin 8.00 M., im voraus zahlbar. Für Colbitz nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenbogen für Deutschland und Österreich 12.50 M., für das übrige Ausland 16.— M., postfällig. Druckvermittlungsstelle per Brief für Deutschland und Österreich 20.50 M. Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10 III. Fernsprecher: Amt Norden 833—36 und 9768.

Die rechtspolizeiliche Verantwortung über ihren Raum trägt die „Freiheit“, einschließlich der Druckerei. Kleine Anzeigen: Das beigedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M., einschließlich der Druckerei. Große Anzeigen: Das beigedruckte Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Querzeigen: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10 III. Fernsprecher: Amt Norden 833—36, Druckvermittlungsstelle 20.50 M. „Freiheit“-Druckerei, Berlin NW 6.

# STREIFER

## Berliner Organ

### Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Der neue Kurs.

Bereits vor dem Kriege war die deutsche Landwirtschaft nicht imstande, die Ernährung der deutschen Bevölkerung durch die einheimische Erzeugung sicherzustellen. Während des Krieges ist die Erzeugung weiter zurückgegangen, und große Entbehrungen, Hunger und Sorgen, Unterernährung, Steigen der Krankheiten und der Sterblichkeit hat die Masse des deutschen Volkes während dieser Zeit erdulden müssen. Nach der Revolution hatte deshalb eine sozialistische Regierung die Aufgabe, die Erzeugung der Landwirtschaft mit allen Mitteln zu heben und die Produktion so zu gestalten, daß sie den Bedarf der Bevölkerung so weit als möglich zu erfüllen imstande war.

Lösbar war diese Aufgabe nur durch die Beseitigung all der Hemmnissen, die die kapitalistische Wirtschaftsweise auch in der Landwirtschaft der Steigerung der Produktivität in den Weg legte. Die Umgestaltung der Produktion nach sozialistischen Grundsätzen mußte deshalb eine der dringendsten Aufgaben einer Regierung sein, die gewillt war, die Leiden der Massen zu mildern, der steigenden Sterblichkeit Einhalt zu gebieten, die Krankheiten zu mildern und die Bevölkerung durch ausreichende Ernährung wieder voll arbeitsfähig zu machen.

Nichts ist in dieser Hinsicht geschehen. Alles scheiterte an dem Widerstand und der immer stärker werdenden Macht der Agrarier, die, nachdem die Militaristen und die Reaktion wieder entscheidenden Einfluß gewonnen hatten, zu offenem Widerstand nicht nur gegen diese sozialistisch wirkenden Maßnahmen vorgingen, sondern auch die geltenden Bewirtschaftungsbestimmungen durch ihren Widerstand unwirksam machten, Vorräte zurückhielten und die Not der Massen in den Städten und Industriezentren aufs höchste steigerten.

Der Ruf nach Beseitigung der Zwangswirtschaft, der in dieser Zeit immer stärker erhoben wurde, verfolgte nicht nur den Zweck, die der Landwirtschaft und dem Handel lästigen Fesseln der beherrschenden Regelung abzutreiben, sondern in erster Linie den einer Erhöhung der Preise und der Sicherung eines erhöhten Profits. Diese Bemühungen sind dauernd erfolglos geblieben. So erfolgreich, daß die Preise für Lebensmittel, auch für die rationierten, eine Höhe erreicht haben, die es einem erheblichen Teil der Konsumenten unmöglich macht, sie zu kaufen. Was während des Krieges durch den drückenden Mangel an Lebensmitteln eingetreten war: immer stärkere Unterernährung, Anwachsen der Krankheiten und der Sterblichkeit, und was sich einige Zeit zu bessern schien, das tritt jetzt wiederum durch das gewaltige unablässige Steigen der Preise und das Sinken des Reallohns erneut in Erscheinung.

Nachdem entgegen den Beschlüssen der Nationalversammlung den Landwirten infolge ihrer Weigerung zur Ablieferung im Herbst vergangenen Jahres Frühlings- und Sommerernte bewilligt wurden, folgten im Dezember die Ablieferungsprämien, so daß der gegenwärtige Preis für Getreide mehr als das Doppelte, fast das Dreifache des Grundpreises beträgt. Aber schon sind durch die Verordnung vom 13. März die Preise für die nächste Ernte noch erheblich höher festgesetzt worden. Die im kommenden Erntejahre garantierten Mindestpreise sind für Weizen auf 1100, für Roggen, Gerste und Hafer auf 1000, für Kartoffeln auf 500 M. für die Tonne festgesetzt worden. Das sind aber nur Mindestpreise, deren Erhöhung in sicherer Aussicht steht, so daß die Landwirte bereits jetzt damit rechnen, daß ihre im März noch abgelehnten Forderungen auf einen Preis von 2000 M. für Weizen und 1600 M. für Roggen, Hafer und Gerste erfüllt werden.

Das Scheitern der Landwirte hat also Erfolg gehabt, weil jede Weigerung der Landwirte, ihre Erzeugnisse zu den geltenden Preisen abzuliefern, nicht mit den von der Regierung gegen die Arbeiterschaft stets angewendeten Mitteln gebrochen, sondern durch weitgehendes Entgegenkommen beantwortet wurde. Auf dieses Entgegenkommen der Regierung konnten die Landwirte künftig in noch viel höherem Maße rechnen. Durch die Trennung des Reichsernährungsministeriums vom Reichswirtschaftsministerium und durch seine Reubesetzung mit dem früheren Unterstaatssekretär Dr. Gernes ist eine neue Ära in der Ernährungspolitik eingeleitet. Bereits die Antrittsrede des neuen Ministers in der Nationalversammlung am 26. April ließ seine Geneigtheit deutlich erkennen, den Forderungen der Landwirte noch mehr als bisher entgegenzukommen, und die inzwischen erschienenen Erlasse haben diesen ersten Eindruck durchaus bestätigt, so daß die freudige Zustimmung der agrarischen Kreise, die alle bisherigen Maßnahmen des neuen Mannes gefunden haben, durchaus erklärlich erscheint.

Ende der vergangenen Woche haben nun Verhandlungen der einzelstaatlichen Ernährungsminister mit den Ver-

#### Keine Aufhebung des Belagerungszustandes. Helfersdienste für die Reaktion.

Berlin, 17. Mai.

Der Reichsminister des Innern hat am 17. auf Grund des Ausnahmezustandes eingesetzten Regierungskommissare den nachstehenden Erlass gerichtet:

Mit Rücksicht auf die bestehenden Reichsdiagnosen ist erwogen worden, ob der in einem großen Teil des Deutschen Reiches noch bestehende Ausnahmezustand aufgehoben werden könne. Nach eingehender Prüfung erscheint dies mit Rücksicht auf die gesamte wirtschaftliche und politische Lage nicht angängig. Die Wahltagung darf jedoch keinesfalls unnötig eingeschränkt werden. Deshalb erhalte ich ergebnislos von Versammlungen und Zeitungsverboten unbedingt abzugehen, soweit nicht unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung vorliegt. Auch sind alle auf diesen Gebieten etwa bestehenden Einschränkungen z. B. Kammerpflicht für Versammlungen, Vorlage von Flugblättern vor der Veröffentlichung usw. aufzuheben. Eine völlig unparteiische Stellungnahme allen politischen Parteien gegenüber ist unbedingt geboten.

Mit diesem Erlass zeigt die Regierung, daß sie nicht ernstlich gewillt ist, die Reaktion zu bekämpfen. Denn nur dieser kommt der Belagerungszustand zugute. In Bayern wird sich vor allem niemand darum kümmern, das Verbot des „Kampfs“ aufzuheben. Reichstagswahlen unter dem Belagerungszustand! Das zeigt uns deutlich, daß die formale Demokratie nicht gewillt ist, die einfachsten Rechtsgarantien zu gewährleisten. Die Rechtssozialisten werden auch diesen schimpflichen Zustand mit zu verantworten haben.

#### Die Schandjustiz im Ruhrgebiet.

##### Drakonische Strafen der Kriegsgerichte.

Die außerordentlichen Kriegsgerichte im Ruhrgebiet setzen ihre Schreckensarbeit mit der Sicherheit einer gut geölkten Maschine fort. Wir wollen für heute einige Urteile wiedergeben, die in den letzten Tagen gefällt worden sind:

1. Heinrich Müller aus Duisburg hatte lediglich Posten gestanden und bereits vor dem Zustandekommen des Vieseler Abkommens den Dienst quittiert. Obwohl kein gemeinsames Delikt vorlag, lautete das Urteil des außerordentlichen Kriegsgerichts Duisburg vom 11. Mai auf sechs Monate Gefängnis.

2. Oswald Zander aus Duisburg, ein 18-jähriges Mitglied des christlichen Metallarbeiterverbandes, der nur vom 22. März bis zum 1. April in Weidert Posten gestanden hatte und nicht vorbestraft ist, erhielt ebenfalls sechs Monate Gefängnis.

tretern der Reichsregierung stattgefunden. Obwohl sie zu keinem endgültigen Ergebnis kamen, steht doch fest, daß die Bewirtschaftung von Getreide und Fleisch auch im neuen Jahr weiter bestehen bleiben wird, daß Hafer der Zwangswirtschaft wieder unterstellt wird, daß dagegen die Hülsenfrüchte vollständig freigelassen werden. Dagegen soll bei der Kartoffelbewirtschaftung ein System zur Anwendung gelangen, das der Aufhebung der Zwangswirtschaft fast gleichkommt, und gegen das wir die stärksten Bedenken zum Ausdruck bringen müssen. Es ist geplant, die Zwangswirtschaft für Kartoffeln durch ein System von Lieferungsverträgen zu ersetzen, wenn die Landwirtschaft auf diesem Wege bis zum 1. August 1920 120 Millionen Zentner zur Sicherstellung des Bedarfs der versorgungsberechtigten Bevölkerung zur Verfügung stellt. Aus Verhandlungen, die vorher zwischen der Reichskartoffelstelle, den Vertretern des deutschen Städtebundes und den Interessenten gepflogen wurden, ging hervor, daß auch dieser neue Bewirtschaftungsplan nur dem Zweck einer weiteren erheblichen Steigerung der Kartoffelpreise dienen soll. Die Landwirte wollen nicht nur die Möglichkeit haben, die nicht durch Lieferungsverträge gebundenen Mengen im freien Handel zu gewaltig gesteigerten Preisen zu verkaufen, sondern sie wollen auch für die bewirtschafteten Mengen bereits jetzt höhere Preise zugesichert erhalten, als sie ihnen durch die Verordnung vom 13. März zustehen. Das haben sie auch bereits erreicht. In dieser Interessentensammlung wurde auf den Grundpreis von 25 Mark pro Zentner eine Prämie von 5 Mark zugesprochen, und eine Provision von 1.50 Mark für den Kartoffelhandel, so daß sich also der Zentner Kartoffeln ausschließlich der Transportkosten bereits jetzt auf 31.50 Mark stellen dürfte, gegenüber 6.25 Mark, die gegenwärtig bezahlt werden!

3. Heinrich Schan-Hamborn, der ebenfalls vor dem Vieseler Abkommen einen Befehl des Volksguardes Hamborn, in welchem zu den Waffen gerufen, an die Arbeiterschaft der Firma Thyssen überbracht hat, also ebenfalls kein gemeinsames Delikt vorliegt, erhielt vom A.O.R. Wesel am 22. April ein Jahr Gefängnis.

4. Steweg-Hamborn soll während der Anruhen, jedoch vor den Vieseler Beschlüssen, eine Waffe getragen haben. Obwohl auch hier kein gemeinsames Delikt vorliegt, erlangte das A.O.R. Wesel am 22. April auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis.

5. August Stadler-Weidert, der bis zum 2. April, also nur bis zum Vieseler Abkommen, mit Gewehr am Bahnhof Posten gestanden hatte, erhielt vom A.O.R. Duisburg ein Jahr Gefängnis zubisittiert — und es wurde auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren erkannt.

6. Herbert Koleschowski-Weidert, der vom 21. März bis 2. April Straßenpatrouillen mit Gewehr gemacht hatte (kein gemeinsames Delikt), erhielt ebenfalls sechs Monate Gefängnis.

7. Hermann Berthelbrod-Duisburg hatte vom 20. März bis zum 2. April bei der Roten Armee Dienst geleistet und sich freiwillig der Polizei gestellt. Ihm war kein gemeinsames Delikt nachzuweisen. Das A.O.R. Duisburg erlangte am 4. Mai auf ein Jahr Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

8. Daxederer Frey-Road-Duisburg, der eine weiße Wunde getragen hatte, Ordner und Ordnung gewahrt war und kein Gewehr getragen hatte, sich auch freiwillig gestellt hatte, erhielt vom A.O.R. Duisburg am 4. Mai sieben Monate Gefängnis.

Die vorstehenden Urteile geben nur einen kleinen Ausschnitt aus der Schreckenstätigkeit der außerordentlichen Kriegsgerichte. Es sind samt und sonders milde Fälle, die wir angeführt haben. Geradezu grausam werden die Urteile, wenn es sich um Arbeiter handelt, die an den Schüssen gegen die Revolverbrecher teilgenommen haben. Dann lautet es nur Hochhaus und Hochhaus. Der größte Skandal liegt aber darin, daß es sich bei den oben angeführten Fällen um „Bergehen“ handelt, die vor dem Abkommen von Vieseler und den Vereinbarungen von Münster liegen, dem Verprechen der Regierung gemäß also unter die Amnestie fallen müßten. Freilich, im Ruhrgebiet herrscht nicht die Regierung, sondern der Weiße Schrecken, der von den rechtssozialistischen Ministern freudlich gefördert wird durch die Beibehaltung des Belagerungszustandes. Es ist daher nur Spiegelschmerz, wenn jetzt die Rechtssozialisten, wie z. B. Herr Heilmann, gegen die Schreckenstriebe der außerordentlichen Kriegsgerichte mit den härtesten Worten protestieren. Sie haben ihnen ja erst die Möglichkeit zu ihrer jedem Recht korrespondierenden Tätigkeit gegeben, haben deshalb die Verantwortung dafür mitzutragen, daß Hunderte unschuldige Arbeiter hinter Herkermauern schmachten müssen.

Aber nicht nur diese gewaltige Preissteigerung macht uns zum Gegner des neuen vorgeschlagenen Systems, sondern auch die Tatsache, daß die durch Lieferungsverträge zu liefernde Menge für den Bedarf der großstädtischen Bevölkerung in keiner Weise ausreicht. Bei einer Ration von 8 Pfund pro Kopf und Woche (einschließlich Schmand) ist zur Versorgung der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung eine Menge von fast 190 Millionen Zentner erforderlich, anstatt der vorgesehenen 120 Millionen. Unstreitig will man aber die Frühkartoffeln von jeder Regelung freilassen, obwohl man dadurch die Bevölkerung in einer Zeit härtester Ernährungsschwierigkeiten der hemmungslosen Austouren durch die Landwirte aussetzt. Bei dem vorgeschlagenen System ist aber auch ferner gar keine Sicherheit gegeben, daß die 120 Millionen Zentner auch wirklich abgeliefert werden. Die paar Strafbestimmungen, die die beabsichtigte Verordnung enthalten wird, sind kein Schutz gegen die verweigerte Ablieferung, zumal dann nicht, wenn die Preise im freien Handel das Mehrfache der vereinbarten Preise betragen, und der Anreiz zur Nichtablieferung so erheblich ist. Das Ganze läuft also auf einen neuen Beutezug gegen die Konsumenten hinaus.

Mit möglichster Schnelle und unter Vermeidung jeder öffentlichen Erörterung möchte man diesen Plan verwirklichen. Der volkswirtschaftliche Ausschuß der Nationalversammlung soll bereits in dieser Woche die Entscheidung treffen. Dagegen erheben wir den allerhöchsten Einspruch, wie es überhaupt ein für die Dauer unmöglicher Zustand ist, daß in dieser Dunkelkammer die wichtigsten wirtschaftlichen Maßnahmen beschlossen werden, ohne daß die Öffentlichkeit ausreichend Gelegenheit hat, dazu Stellung zu nehmen und ohne daß es möglich wäre, die

Schläge und Stöße der Interessenten vor der Öffentlichkeit zu brandmarken.

Die Konjunktur aber müssen aus diesen Vorgängen lernen. Der Forderung der Anpassung der Löhne und Gehälter von Arbeitern, Angestellten und Beamten an die steigenden Preise für Lebensmittel lehnt die Regierung beharrlich und energig den Widerstand entgegen. Die Forderungen der Landwirtschaft nach höheren Preisen werden jederzeit sofort erhöht. Die Interessen der Besitzenden liegen also stets über die der Besitzlosen. Wer gegen diesen Zustand ankämpfen will, muß bei den Wahlen dafür sorgen, daß durch die Wahl von unabhängigen Sozialdemokraten die Möglichkeit geschaffen wird, diesem Zustand ein schnelles Ende zu bereiten.

## Die wahre Einigung.

Der glänzende Wahlerfolg von Braunschweig.

Nach der offiziellen Meldung haben bei den Wahlen zur Landesversammlung in Braunschweig die Unabhängigen Sozialdemokraten 81310 (bei der Landtagswahl im Dezember 1918 51 672), die Rechtssozialisten 2680 (58 759), die Kommunisten 2463 (-), der Landesparlamentarier 83 878 (55 621), die Demokraten 21 335 (46 293) Stimmen erhalten.

Das Ergebnis dieser Wahl ist in mehr als einer Hinsicht außerordentlich bemerkenswert. Zunächst zeigt sich, daß die Parteien der Linken und der Rechten auf Kosten der Parteien der Mitte an Stimmen erheblich zugenommen haben. Das bedeutet, daß die Klassencheidung sich auch im politischen Leben nicht mehr aufhalten läßt und daß es bei den Wahlen immer mehr um die klare Entscheidung zwischen kapitalistischem Klassenstaat und sozialistischer Gemeinwirtschaft geht. In immer größerer Zahl wenden sich die Arbeiter von der schwankenden und der verräterischen Politik der Rechtssozialisten ebenso ab, wie die bürgerlichen Wähler es vorziehen, sich zu der offenen Reaktion der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei zu bekennen, statt sich hinter die freisinnigen Wraufen der Demokraten zu verstellen.

Für die Rechtssozialisten bedeutet der Wahlerfolg eine neue Katastrophe; er zeigt, daß diese Partei sich nur noch auf die indifferenten Schichten des Kleinbürgertums und etwa derjenigen Arbeiter und Angestellten stützen kann, die sich von der Wahlmaschine der Rechtssozialisten noch bearbeiten lassen. Die Unabhängigen Sozialdemokratie dagegen ist zur Partei des Proletariats geworden. In ihr steht alles, was im Proletariat an Laikraft und Willensbewußtsein zu finden ist. Unter ihrem Banner sammeln sich alle Kräfte der Arbeiterklasse, die von den Ideen der Revolution erfüllt sind und sie trotz aller Widerstände zum Siege führen wollen. Die Einigung des Proletariats: hier wird sie in Wahrheit vollendet. Die Unabhängigen Sozialdemokratie, das ist der Boden, auf dem sie sich vollzieht.

Man klagt der „Vorwärts“ in seiner gestrigen Abendausgabe darüber, daß die reaktionären Stimmen zugenommen hätten und daß sich das Anwachsen der Rechten als äußerst bedenklich darstelle. Die Unabhängigen, anstatt sich vereint mit den Rechtssozialisten gegen rechts zu wenden, wollten der armen „Mehrheitssozialdemokratie“ nur Stimmen abgewinnen. Das gelinge ihnen auch aber gleichzeitig nebe die Gesamtzahl der sozialistischen Stimmen zurück. Der „Vorwärts“ teilt seinen Lesern abend nicht mit, um wieviel Stimmen seine Partei zurückgegangen ist; die Leser erfahren auch nicht, wieviel Stimmen die Unabhängigen Sozialdemokraten gewonnen haben. Würden sie das erfahren haben, so hätten sie sich ein anderes Urteil als der „Vorwärts“ bilden können. In Wirklichkeit haben die Stimmen der sozialistischen Parteien in ihrer Gesamtheit nicht abgenommen, sondern sie haben sich gegenüber den Wahlen des Jahres 1918 noch vermehrt. Die bürgerlichen Stimmen sind von 101 914 auf 104 903 gestiegen, also um 2989, die sozialistischen Stimmen dagegen von 110 431 auf 116 452 Stimmen, also um 6021 Stimmen. Ueber den gewaltigen Rückgang der Rechtssozialisten hinaus haben die Unabhängigen Sozialdemokraten einen Gewinn zu verzeichnen, der den rechtssozialistischen Verlust mehr als weitmacht.

Der „Vorwärts“ zieht aus dem Braunschweiger Wahlergebnis die Folgerung, daß der Wahlkampf zu dem Reichstag für die Arbeiterklasse nur zu gewinnen ist, wenn sie geschlossen ihre Front gegen rechts richtet und den selbstmörderischen Bruderkampf einstellt. Daß der Kampf der Arbeiterklasse gegen rechts, gegen die Reaktion zu richten ist, hat die Unabhängigen Sozialdemokratie von jeher gewußt und danach gehandelt, die Rechtssozialisten dagegen hatten bis zu den letzten Monaten die Front nur gegen links gerichtet und besonders nach dem 13. Januar den Bruderkrieg innerhalb der Arbeiterklasse proklamiert. Wenn sie deshalb jetzt zur Einstellung des Bruderkampfes auffordern, so ist Voraussetzung für Erfüllung dieses Wunsches, daß ihre Toten sich ihren Worten anpassen. Davon ist aber gegenwärtig noch sehr wenig zu verspüren.

### Ein bürgerliches Urteil.

In der „Vossischen Zeitung“ schreibt J. E. (Julius Eibau): „Die Rechtsparteien haben indessen keine Ursache, sich ihres Erfolges besonders zu freuen. In Braunschweig steht, wie unser Berichterkollege meldet, die Errichtung einer rein sozialistischen Regierung bevor, die sich auf eine wenn auch nur minimale Mehrheit im Landtag stützen kann. Diese Regierung wird von den Unabhängigen beherrscht sein, deren Führer im Auf besonderen Radikalismus stehen. Die deutschnationale Presse hat über diese kommenden Männer die schon einmal in Braunschweig am Ruder waren, die tollsten Beschuldigungen verbreitet und namentlich die unabhängige Finanzministerin, eine Aufwartefrau, zum Gegenstand mehr oder weniger „mühsamer“ Bemerkungen gemacht. Die scharfe Agitation der Rechtsparteien hat den Unabhängigen nicht den mindesten Schaden zugefügt. Im Gegenteil, die Extremen haben einander in die Hand gearbeitet und die Macht der Unabhängigen ist in Braunschweig heute größer als je.“

Das Experiment in Braunschweig enthält eine Lehre für die Reichstagswahlen. Rechts wie links arbeitet man auf die Verschärfung der Gegensätze hin. Es ist fast wie ein Spiel mit verteilten Rollen. Die Gefahr ist, daß dieses Spiel Erfolg hat und daß aus dem Spiel bitterer Ernst wird.“

## Die Wahlen in Mecklenburg-Strelitz.

Reaktion, 17. Mai. (W. Z. B.)

Bei den gestrigen Wahlen zum Landtag erhielten die Rechtssozialisten 15 Sitze, die Deutschnationalen zusammen mit der Deutschen Volkspartei und dem Bauernbund, die eine Listenvereinbarung eingegangen waren, 10 Sitze, die Demokraten 5 Sitze, die Handwerker 4 Sitze und die Unabhängigen Sozialdemokraten einen Sitz. Die Rechten haben keinen eigenen Sitz errungen. — Bei den letzten Wahlen hatten die beiden sozialdemokratischen Parteien, die damals geschlossen vorgingen, 18 Sitze und die bürgerlichen Parteien 17 Sitze erhalten.

Auch diese Wahl zeigt einen katastrophalen Rückgang der rechtssozialistischen Stimmen. Die Unabhängigen Sozialdemokratie hat in dem Ländchen fast gar keinen organisatorischen Rückhalt. Ihr Wahlerfolg konnte deshalb zahlenmäßig nur gering sein.

## Eine neue Wählüge.

Der „Vorwärts“ sieht gegenwärtig seine Aufgabe in der Ausgrabung von Wählügen, insbesondere von solchen, die mit der Loyalität der unabhängigen Volksbeauftragten zusammenhängen. Bekanntlich haben aber die unabhängigen Volksbeauftragten von Anfang an einen zähen Kampf gegen die Stützen des alten Regimes geführt. Insbesondere verlangten sie die Beistellung des damaligen Staatssekretärs für das Auswärtige Amt, Dr. Solf. Die Rechtssozialisten leisteten langen zähen Widerstand, insbesondere, da die Unabhängigen Befehlung des Amtes durch einen Sozialisten forderten, der ein Gegner der rechtssozialistischen Kriegspolitik gewesen war. Schließlich wurde aber die Stellung von Dr. Solf umhakt. Der Widerstand der Rechtssozialisten gegen eine sozialistische Befehlung dauerte aber fort. Schließlich stimmten Goase und Dittmann der Ernennung von Brodorski-Ranhou zum Staatssekretär zu. Die Verhandlungen wegen Uebernahme des Amtes führte Scheidemann. Nunmehr veröffentlicht Brodorski-Ranhou einen Brief an Scheidemann, in dem er sein Programm abwiderte. In dem Briefe erklärte er u. a., daß ein scharfes Vorgehen gegen bolschewistische Umtriebe unumgänglich erforderlich sei. Es sei ferner Pflicht jeder gewissenhaften Regierung, keinen Tropfen Blutes umhäu zu vergießen. Aber dieser Grundgedanke dürfte nicht dahin führen, daß die Regierung selbst und damit das ganze Land in einem Blutbad erstickt werde. Angleich wollte Brodorski-Ranhou wissen, ob unter Umständen die Unterzeichnung allzu harter Friedensbedingungen abgelehnt werde.

Der „Vorwärts“ behauptet nun, daß Dittmann und Goase (im Gegensatz zu Barth) diesem Programm Brodorski zugestimmt haben, und überschüttet sie deshalb mit kompromittierendem Lob. Auch das ist Schwindel. Soviele uns bekannt ist, haben die damaligen Volksbeauftragten diesen Brief nicht gekannt, geschweige denn seinem Inhalt zugestimmt.

Wäre das der Fall gewesen, so hätten Scheidemann und seine Kollegen ja auch schon längst den Inhalt dieses Briefes angegriffen. Entscheidend ist: Unsere Volksbeauftragten haben im Gegensatz zu diesem Programm, als im Dezember die konterrevolutionäre Politik der Ebert, Scheidemann und Landsberg zu Blutvergießen führte, nicht zuletzt deshalb ihren Austritt aus der Regierung vollzogen. Ebenso haben sie in der Friedensfrage im Gegensatz zu Brodorski-Ranhou die Unterzeichnung geordert.

Sind so die Folgerungen, die der „Vorwärts“ aus dem Schreiben des früheren Ministers zieht, völlig haltlos, so ist dieses aber für uns in anderer Beziehung von einigem Interesse. Brodorski-Ranhou ist sicher kein Mann gewesen, der die „bolschewistische Gefahr“ gering schätzte. Trotzdem hielt auch er das Vorgehen der reaktionären Offiziere ein Blutbad unter der Berliner Arbeiterklasse an und damit jene Politik begannen, die zum Rapp-Buttch geführt hat, für verfehlt. Er hielt den Weg von Verhandlungen, den damals das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratie vorschlug, für durchaus gangbar und befürwortete ihn, allerdings vergeblich. Brodorski war aber noch lange nicht so blind und so reaktionär wie die Ebert, Scheidemann, Landsberg und Roske. Alle Verschönigungsversuche und Leugnungen des „Vorwärts“ werden deshalb die Arbeiterklasse von der Abrahmung mit der Roske-Politik nicht abhalten. Das graulame und entsetzliche Blutvergießen, das die Rechtssozialisten seit den Dezembertagen auf sich geladen haben, habe sie zu verantworten, und bei den Wahlen wird ihnen die revolutionäre Arbeiterklasse die gebührende Antwort geben.

## Die Demokraten und die Frauen.

Theodor Wolff auf dem Stimmenfang.

Der Chefredakteur des „Berliner Tageblatt“ schreibt in der Montag-Abendausgabe seines Blattes einen längeren Artikel, den er „Wahlbrief an die Frauen“ tituliert. Er hält den Wählerinnen vor, was sie alles der Konstitutionsregierung, und vor allem, selbstverständlich, den Demokraten, zu verdanken hätten. Wenn man so liebt, was Herr Theodor Wolff schreibt, so möchte es ganz leidlich scheinen. In Wirklichkeit haben die Demokraten, ebenso wenig wie ihre Vorgänger, die Liberalen, das Notwendige getan, um die Forderungen der Frauen zu erfüllen. Mit Recht konnte schon Marianne Weber in der „Frankf. Zeitung“ vom 8. Dezember 1918 folgendes feststellen:

„Was wir Frauen Forderungen vergeblich erstritten: die politische Gleichberechtigung unseres Geschlechts, ist zu uns gekommen wie der Dieb in der Nacht. . . . Wir Frauen wollen uns nicht verhehlen, daß wir uns diesen Durchbruch zur wahren Demokratie anders geholt hätten. Wir hatten geschickt, ihn durch eigene Anstrengung, aber auch durch die wachsende Einsicht und Hilfe unserer bürgerlichen Parteigenossen zu erringen.“

Die wahre Demokratie der liberalen Parteien hat bis zur Revolution, die den Frauen das Wahlrecht brachte, darin bestanden, die politische Gleichberechtigung der Frauen zu verhindern. Alle bürgerlichen Parteien waren sich darin einig, daß die Frauen vom politischen Leben ferngehalten werden mußten. Die Liebe für die Frau ist also bei den bürgerlichen Parteien erst dann zum Durchbruch gekommen, als sie von den Arbeitern dazu gezwungen wurden.

Wenn man wissen will, von welcher Art die Agitation ist, die von den Demokraten unter den Frauen betrieben

wird, so darf man sich nicht nur an die schönen Worte des Herrn Theodor Wolff halten, sondern man muß die Flugblätter zur Hand nehmen, die von der Demokratischen Partei ins Land verstreut werden. So heißt es in einem offenen Brief an eine Landfrau:

1. Wenn dir daran liegt, daß dein Haus und Hof in der Familie bleibt und deiner Hände Arbeit dich und die deinetigen, so mußt du wählen; denn es gibt Leute, die nichts lieber wollen, als austreten, was du ererbt und erschafft hast.

2. Wenn du willst, daß deine Kinder zu allem Guten erzogen werden, wie es von jeher in deiner Gemeinde der Brauch gewesen ist, wenn du willst, daß sie lernen können, was sie wollen, so mußt du wählen, denn es gibt Leute, die im Sinn haben, alle Religion aus der Schule hinauszuschleppen und die guten Schulen bloß für die Reichen zu reservieren.

3. Wenn du willst, daß es noch eine Kirche gibt und einen Pfarrer, der deine Seelen tröstet, die Brautpaare traut und die Toten einsepult, so mußt du wählen, denn es gibt Leute, die allen Pfaffen, wie sie sagen, den Untergang geschworen haben.

4. Wenn du willst, daß auch der kleine Handwerker noch sein Brot finden und gute Ware liefern kann, statt das alles in Fabriken gemischt wird, so mußt du wählen, denn es gibt Leute, die am liebsten nur noch ganz große Betriebe betreiben lassen wollen.

5. Wenn du willst, daß im deutschen Vaterlande nach der kaiserlichen Kriegszeit wieder bessere Zustände kommen und jeder Mensch im Frieden seiner Arbeit nachgehen kann, so mußt du wählen, denn es gibt Leute, die daran sind, alle Ordnung umzuwerfen, wenn sie nämlich die Macht dazu bekommen.

Die ältesten Radenbüter aus den Agitationsmappen der Fortschrittler und des Reichslügenverbandes müssen herhalten, um die Frauen vor dem „Teilen“ und dem Umsturz grübelig zu machen. Die Demokraten spielen sich als die Hüter der Religion, als die Schlichter der Pfarrer auf, trotzdem sie sich nach ihren Programmen für die Beilegung der kirchlichen Vorrechte einsetzen wollen. Sie geben vor, die kleinen Handwerker zu schützen, trotzdem die großen Kapitalisten und die Unternehmer den Ton in ihrer Partei angeben und ihre Politik ganz nach kapitalistischen Interessen orientiert ist.

Die Partei der Demokraten ist in Wirklichkeit eine Partei von Demagogen!

## Wahlschwindel und Bußsch vorbereitung.

„Der große Kamaut am 6. Juni.“

Die offiziellen „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten“ verbreiten am Sonnabend eine Meldung von „günstiger Stelle“, daß am 26. und 27. April in Neudöhlen eine geheime kommunistische Konferenz stattgefunden habe, in der einstimmig beschlossen worden sei, ohne Rücksicht auf die Wahlen den Versuch zur gewaltsamen Errichtung einer deutschen Räterepublik so bald wie möglich zu unternehmen. Wir brandmarken sofort diese Meldung als plumpen Schwindel, und jetzt sieht sich das offizielle Nachrichtenbureau genötigt, folgende Berichtigung zu veröffentlichen:

Es ist un wahr, daß am 26. und 27. April in Neudöhlen eine geheime kommunistische Konferenz stattgefunden hat. Nach meiner genauen Kenntnis der Parteiverhältnisse kann ich feststellen, daß weder in jenen Tagen an einem anderen Orte noch in Neudöhlen zu anderer Zeit eine geheime Konferenz stattgefunden hat, die sich mit der gewaltsamen Errichtung einer deutschen Räterepublik beschäftigte. Es ist un wahr, daß ein Parteirat irgendwo oder irgendwo gewählt worden ist, dem u. a. ich angehören soll. Auch die arben mit genannten Parteigenossen gehören einem solchen Parteirat nicht an. Ein Parteimitglied Hermann ist mir überhaupt völlig unbekannt. Alles was über angebliche Beschlüsse der angeblichen Konferenz mitgeteilt wird, gehört in das Reich der Lüge. Die Staatsanwaltschaft hat es nicht einmal für notwendig gehalten, die: Schwindelnotiz durch verantwortliche Berechnung der Verantwortlichen nachzuweisen. Schon darauf ergibt sich, daß es sich um eine von niemandem ernstgenommene böswillige Erfindung von Regierungsspitzen handelt. Ich bin zugleich beauftragt, diese Erklärung im Namen von Scheidemann, Brüchlich und Walcher abzugeben. Dr. Ernst Meyer.“

Die P. P. A. bemerkt hierzu kein Wort, sie hätten die „Quelle der Nachricht“ deutlich genug angegeben. Diese „Quelle“ ist, wie die „Berliner Volkszeitung“ ergänzend hinzufügt, die preussische Regierung. Von amtlicher Seite wird also nach wie vor in strupeloser Weise eine Lügenkampagne betrieben, die den offensichtlichsten Zweck hat, die Öffentlichkeit gegen die revolutionäre Arbeiterklasse aufzubeden. Wir verlangen, daß die Regierung sich schleunigt zu dieser skandalösen Angelegenheit äußert.

Wie nicht anders zu erwarten war, fürchte sich die reaktionäre Presse mit wacher Begeisterung auf das Epithelmaterial der preussischen Regierung. Wie auf Kommando erlöste der Ruf nach „Sicherung“ des bevorstehenden Wahlsieges. Die biederere „Post“ schrieb in ihrer Sonntagsausgabe:

„Wie verlautet, besteht die Absicht der Antiradikalen darin, zunächst einmal die Reichstagswahlen am 6. Juni durch Gewaltakte zu sabotieren. Erst wenn dieser Plan misslingen sollte, sollten sie sich einen weiteren bewaffneten Aufstand für Mitte Juni vor. Wir sind wirklich gespannt, was die Reichsregierung tun wird, um dem deutschen Volk einen ruhigen Wahlsitz zu verbürgen.“

Während aber auf diese Weise — genau wie vor den Wahlen zur Nationalversammlung — Stimmung für bewaffnete Aktionen gegen die Arbeiterklasse gemacht wird, treffen die marxistischen Verfechter ihre besonderen Vorbereitungen. Unser Parteiblatt in Stuttgart, die „Tribüne“ schreibt in ihrer Nummer vom 14. Mai:

„Bestern, Donnerstag, traf ein kleines Kommando von der Brigade Haas aus Offen in Stuttgart ein, das mit dem Nachschub nach Stuttgart weiterfuhr und dort heute früh um 8 Uhr eintraf. Das Kommando hat den Befehl, die in Stuttgart zu verbliebenen Geschüde nach Döberitz bei Berlin zu geleiten. Auf die Frage, woher sie kommen, erklärten sie: „Aus Offen!“ Dort hätten sie eine schwere Zeit gehabt, sie seien froh, sie hinter sich zu haben, denn dort sei es toll zugegangen, immer die Kasserne kühn fertig in der Hand — und nun habe sie die Regierung schon wieder nach Berlin angefordert. „Was ist denn in Berlin los?“ fragte unser Gewährsmann. „Da gibt's bei den Wahlen am 6. Juni wieder großen Kamaut!“ Sie, die Württemberger, mühten eben die Sozialisten in Preußen zur Ordnung bringen! Im Ruhrgebiet hätten sie's ihnen aber gründlich besorgt und mit den Berliner Großhauzen wollten sie auch fertig werden!“

Die hier mitgeteilten Tatsachen werfen ein bezeichnendes Licht auf den „Kampf“ der von General Reinhardt in Döberitz neu aufgestellten Truppenteile, die bekanntlich der Regierung als „Schutztruppe“ dienen sollen. Diese Truppe wußt sich immer mehr zu einem offenkundigen Werkzeug der militärischen Verfechter und zu einer Gefahr für die Republik und die Reichstagswahlen aus. Wenn die Arbeiterklasse nicht auf dem Posten ist, können die Wahlen — wie das die Deutschnationalen herbeischnen — sich in Gotthard-Wahlen verwandeln!

# Heute abend 39 große Wählerversammlungen in Groß-Berlin

in den bereits gestern an den Aufschlagfäulen bekanntgegebenen Lokalen.

## Betriebsräte und Gewerkschaften.

Die Betriebsräte und Cönnner des Metallarbeiterverbandes hatten sich gestern abend im Garten der Brauerei Köpenicker versammelt. Genosse Risch eröffnete die Sitzung, die auf Grund eines Beschlusses der Gewerkschaftskommission einberufen war. Risch wies auf die Differenzen hin, die durch den bekannten Beschluß der Gewerkschaftskommission zwischen der Betriebsrätezentrale und den Gewerkschaften eingetreten sind. Er streifte kurz die Entstehung des Volksgesetzes, und dem die Betriebsrätezentrale vorgegangen ist und deren Tätigkeit, die sich nach der Unmöglichkeit, politisch zu arbeiten, sich immer mehr wirtschaftspolitischen Aufgaben widmet und damit in rein gewerkschaftliche Funktionen eingreift. Aus dem Betriebsrätegesetz müsse herausgeholt werden, was möglich sei. Die dabei entstehenden Kämpfe müßten von einer Stelle aus geleitet werden und darüber müßte die Verständigung herbeigeführt werden. Die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses der Räte ergab sich aus den Forderungen des Gesetzes, aus der Abicht der Unternehmer, keinerlei Rechte aus dem Gesetz abzuleiten zu lassen.

Genosse Risch erläuterte nun im einzelnen, was er ausführlich in der „Freiheit“ in Nr. 167 dargelegt hat. Er schilderte die Bemühungen, um eine Verständigung mit der Betriebsräte-Zentrale und den Räten der U. S. P. D., um eine gemeinsame Arbeit und damit eine gemeinsame Kampffront herzustellen. Da diese Bemühungen sich gescheitert haben, blieb nichts anderes übrig, als den Zusammenschluß der Betriebsräte durch die Gewerkschaften vorzunehmen. Die Gewerkschaften erfüllen damit die Aufgabe, den Sozialismus vorzubereiten.

Ueber die rechtlichen Grundlagen des Betriebsrats und seine gewerkschaftlichen Aufgaben sprach nunmehr Genosse Aufhäuser. Er schilderte die wechselnden Kämpfe seit der Revolution, die allgemein die Erkenntnis brachte, daß durch gesetzliche Regelung den Räten verflucht wenig geholfen werden könne. Die Räte seien eine ausgesprochene Klassenvertretung der Arbeiterschaft, und wie der kommende Reichstag auch zusammengeleitet sei, solle man keine Hoffnungen setzen auf Änderungen und Verbesserungen. Das Gesetz, so schlecht es sei, bringe zur täglichen Auseinandersetzung mit dem Unternehmer. Das Unternehmertum mache dieses Betriebsrätegesetz zum Kampfpunkt gegen die Arbeiterschaft. Alle Rechte des Betriebsrates werden so groß oder so klein sein, je nachdem, welche Wertschätzung die Arbeiter im Betriebe einnehmen. Nicht rechtliche Gesichtspunkte, sondern der Machtstandpunkt werde entscheidend sein für die Auslegung und Anwendung der Bestimmungen des Gesetzes. Aufhäuser führt dafür zahlreiche drastische Beispiele aus dem Lager der Unternehmer an. Die Wahl eines gemeinsamen Betriebsrates wird von den Unternehmern mit Unterstützung des Reichsarbeitsamtes hintertrieben dadurch, daß für die Zweidrittelmehrheit, die im § 19 des Gesetzes für den gemeinsamen Betriebsrat gefordert wird, auch die ausschlaggebend sein sollen, die gar nicht gewählt haben.

Aufhäuser sagt, daß mit dem Tage, da das Betriebsrätegesetz in Kraft trat, ein Stadium verschärfter Klassenkämpfe eingetreten sei. Mit juristischen Auslegungen komme man da nicht aus.

Er schilderte weiter die riesigen Kapitalgewinne der Unternehmer, die den Kriegsgewinnen gleichkommen, ja sie womöglich noch übersteigen, und führt im Anschluß an diese schamlose Ausbeutung des Volksganges aus, daß hier die Kontrolle des Betriebsrates einzusetzen habe. Dazu gehöre, daß die Arbeiter Einfluß in die Kalkulation gewinnen, denn das sei keine Angelegenheit der Buchhalter, sondern der Angestellten und Arbeiter. Wenn es gelingt, die Angestellten und Arbeiter in den Betriebsorganisationen zusammenzuschließen, werden wir den Einfluß in dies verlorene kapitalistische System bekommen, den wir heute nicht haben. Die Unternehmer wehren sich gegen jeden Einfluß in die Geschäftsleitung, haben ihre Maßnahmen dagegen getroffen und gehen von der Ansicht aus, daß die Geschäftsleitung nur verpflichtet sei, zu berichten, was sie für nötig und gut halte. Demgegenüber betont Aufhäuser, daß die Betriebsräte volkswirtschaftlich geschildert werden, um durch Ausnutzung und Entfesselung einer Disziplin das Brauchzubringen, was man ihnen nicht sagen möchte. Der Betriebsrat muß in jedem Falle die Initiative ergreifen und nicht erst, wenn ihn der Unternehmer dazu auffordert. In den Begriff des Betriebsrates gehört alles, was sich im Betrieb abspielt. Es ist nötig, daß der Betriebsrat überall eingreife und die Bedeutung seiner Aufgabe durch die Veranschaulichung ergründe. Auch die Einführung des Lohnsystems müssen die Betriebsräte verhindern. Es ist möglich, was bei neuen Arbeitsmethoden aus den einzelnen Betrieben wird, als wie sie auf die Produktionsleistung wirken. Die Schlichtungsordnung, die man im neuen Reichstag schließlich annehmen wird, wird auch die wenigen Rechte des Betriebsrates illusorisch machen.

Von den Betriebsräten aus muß gegen diese neuen Schlichtungsordnung energig Protest gemacht werden. Die Arbeiterschaft muß aber diesen sozialpolitischen Gesetzen viel mehr Aufmerksamkeit entgegenbringen. Die Unternehmer haben deren Wichtigkeit längst eingeschätzt.

Aufhäuser weist auch auf den Stand aller anderen Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes nach, wie insbesondere die Unternehmer, besonders bei der Ausgestaltung des Aufsichtsrates, alle noch so kleinsten Rechte sabotieren. Mit den Gesetzesentwürfen werden wir in absehbarer Zeit nicht zu brauchbaren Betriebsräten kommen. Die eigentlichen Vereinbarungen müssen für die Zukunft von Organisationen zu Organisationen, auf breiter Front, angestrebt und angestrebt werden, erklärt werden. Der heute noch nicht dieser Meinung ist, den wird es die Zukunft lehren. Wenn die geschlossene Front des Unternehmertums kann der einzelne Betriebsrat nicht ankommen. Die Tarifbewegungen müssen zu Kampfschlachttrommeln gemacht werden, auch da müssen Rechte für die Betriebsräte erkämpft werden. Das kann nur in langer Anlehnung der Betriebsräte an die Gewerkschaften geschehen. Nichts wäre verkehrter, wenn man den Gewerkschaften jetzt alles entziehen wollte, was die Umbildung der Gewerkschaften erst ermöglicht. In der Wirklichkeit, in der Politik, im Betriebe haben wir in der Wirklichkeit nicht mehr Recht, als wir Recht haben. (Lebhafte Beifall.)

Als erster Diskussionsredner sprach Richard Müller. Er betonte: genau so muß es niemand bestreiten, daß die Gewerkschaften die Betriebsräte organisieren müssen. Aber man dürfe nicht aus den Augen verlieren, daß sich die Kämpfe in den Betrieben zu politischen Kämpfen ausweiten werden. Das scheint man in den Gewerkschaften nicht genügend beachten zu haben. (Lebhafte Beifall.) Müller betont das Betriebsrätegesetz als erstes Ergebnis der Arbeit der Gewerkschaften. Er verweist ebenfalls auf die kommende Schlichtungsordnung und erregt die Aufmerksamkeit auf die Aufgabenstellung dieser Angelegenheit. Wenn man den Kampf auf-

nehmen wolle gegen diese sozialpolitische Gesetzgebung, dann müsse der Kampf gegen den Regier und Konforten, die für diese Gesetzesmacherei verantwortlich seien. (Sehr richtig!) Der Kampf gegen das Betriebsrätegesetz und der Kampf gegen die Schlichtungsordnung sei ein politischer Kampf. Und das Kampfgelände sei hier die Befreiung der ganzen Gesetzgebung, die aber unmöglich dadurch gemacht werde, daß ein Teil der Arbeiter diese Gesetzgebung decke. Wenn man das tut, was jetzt die Berliner Gewerkschaftskommission will, wird der Blick für all diese Dinge getrübt und die Arbeit erstickt im Kleintum des Alltags. Müller fragt: Wer sind bei großen politischen Aktionen die Träger dieser Bewegungen? Das können nur die Betriebsräte sein. Nur der Betriebsrat kann im Betriebe den politischen Kampf in die Hand nehmen, denn er besitzt das Vertrauen der Belegschaften. Die Frage entsteht: Wer führt denn nun die Betriebsräte? Solange Regien und der Gewerkschaftsbund Anhänger der formalen Demokratie sind, solange sie Anhänger der Arbeitgemeinschaft sind, solange wird die revolutionäre Arbeiterschaft nicht mit Regien kämpfen. Regien ist mein verhasster Gegner, er ist schlimmer, als der bürgerliche Gegner. Demgemäß müssen wir dafür sorgen, daß die Betriebsräte nicht in die Hand Regiens kommen. Leider ist die Berliner

## Betriebsvertrauensleute und Gewerkschaftsfunktionäre.

In den nächsten Tagen finden in den nachbezeichneten Lokalen Versammlungen aller auf dem Boden der U. S. P. D. stehenden Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsvertrauensleute statt, und zwar:

### Für die Metall-Industrie:

Am Mittwoch, den 19. Mai, abends 7 Uhr, im großen Saal der Hofbrauerei, Hüblichstraße 2.

### Für die Bekleidungs-, Textil- und Leder-Industrie einschl. Tapezierer-Branche.

Am Donnerstag, den 20. Mai, abends 6 1/2 Uhr, in den Fraßfäulen Alt-Berlin, Blumenstraße 10.

### Für die gesamte Holz-Industrie:

Am Freitag, den 21. Mai, abends 7 Uhr, im großen Saal der Hofbrauerei, Hüblichstraße 2.

### Tagesordnung: „Die bevorstehende Reichstagswahl“.

Referenten: Arthur Gröbner, Dr. Paul Berg, Dr. Kurt Rosenfeld, Vertrauensmänner-Kaufmann und Metallarbeiter der Partei und der Gewerkschaft legitimiert. Ohne diese kein Zutritt. Der Wahlauschub der U. S. P. Groß-Berlin.

Gewerkschaftskommission auf dem Wege, die Betriebsräte dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und der Afa unterzuordnen.

Müller weist der Berliner Gewerkschaftskommission die Preisgabe ihrer revolutionären Grundzüge vor und rüht dabei auf den lebhaften Widerspruch der Versammlung. (Zuruf: Das hat sie von dir gelernt! Allgemeine Beifall.) Müller polemisiert weiter heftig gegen die Würzburgerhandlungen der Gewerkschaften und führt an, daß die damals gemachten Versprechungen nicht erfüllt werden. Niemand wenne die Gewerkschaften unter der heutigen Konstellation politische Kämpfe führen. Es gilt die Revolutionierung der Gewerkschaften. Wir müssen in die Gewerkschaften bleiben, von innen und außen tätig sein, sie zu revolutionieren. Dazu sind die Betriebsräte die geeigneten Organe. Deshalb müssen sie außerhalb der Gewerkschaften aufgenommen werden, um sie nicht unter das Diktum der Regien und Konforten zu bringen. Der Beschluß der Gewerkschaftskommission ist ein Anstandsbeschluss. Letzten Endes sollen das die Betriebsräte selbst entscheiden, ob sie bei der Betriebsrätezentrale verbleiben wollen oder ob sie von den Gewerkschaften aufgenommen werden wollen. An und hat es nicht gefehlt, zu einer Verständigung zu kommen. Aber man will die Betriebsräte unter die Fuchtel der Regien und Konforten bringen. Ich halte die Afa in dieser Zusammensetzung für das unglücklichste Gebilde. Müller verteidigt die Maßnahmen der Betriebsrätezentrale, da es gegenüber den Einwicklungen der Gewerkschaften nötig war, die Betriebsräte mit gezieltem Material zu versorgen. Wenn die Betriebsräte beschließen, die Betriebsrätezentrale hat abzutreten, so treten wir zurück, wir stehen nicht an unetern Komitern. Aber die Gewerkschaften treiben die soziale Revolution in ihre Schranken. Müller empfiehlt die Resolution, die in der Versammlung im Zirkus Wald angenommen wurde und in der „Freiheit“ schon veröffentlicht ist, und schloß: Kommen Sie nicht zu einer Verständigung mit den Räten, dann wird die soziale Revolution in Deutschland erstickt werden. (Lebhafte Beifall.)

Malsahn stellt fest, daß die Zusammenfassung der Betriebsräte durch die Gewerkschaften auf Kommando des Ausschusses des Gewerkschaftsbundes erfolge. Es handele sich nicht um die Erklärung der Betriebsrätezentrale, sondern um die Erklärung des Alltagsmenschen an sich.

Gröbner hält den Gedanken des Zusammenschlusses der Betriebsräte durch die Gewerkschaften für das allein Richtige. Der Redner leugnet bei seinen Ausführungen lebhaften Widerspruch der Versammlung. Er erklärt sich ebenfalls für Industrieverbände, ja noch weitergehend für eine einheitliche Kampforganisation. Man müsse es absehen, mit der Betriebsrätezentrale in Verbindung zu treten.

Gröbner wendet sich gegen die konterrevolutionäre Politik der Gewerkschaften und Betriebsfunktionäre. Man habe direkt und indirekt die Arbeiterschaft betrogen und veranlaßt.

Risch weist den Vorwurf zu verlegen Malsahn erklärt sich mit dem Vorfall einverstanden, wünscht aber die Abstimmung über die Resolution der Dreierkommission. Risch wendet sich aus praktischen Gründen gegen die Abstimmung. Er gerät darüber in lebhaften Widerspruch mit der Versammlung. Die Resolution der Dreierkommission wurde schließlich einstimmig angenommen. In ihr wird verlangt, daß zum nächstmöglichen Termin erneute Verhandlungen der Betriebsrätezentrale mit der Gewerkschaftskommission stattfinden über die Klärung der Tätigkeitsgebiete. Müller verweist, daß auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung der Bericht über den Gang der Verhandlungen

auf Grund der eben angenommenen Resolution gesetzt werde. Risch sagte das als selbstverständlich zu und schloß die Versammlung.

## Nach der Ministerzusammenkunft in Göttinge.

Die französische Regierung hat ihrer Absicht, aus Deutschland das irgend Mögliche herauszupressen, gegen das kühnere England bei der jetzt abgeschlossenen Konferenz in Göttinge doch noch eine Hintertür offenzubehalten verstanden, wenngleich es, wie wir bereits meldeten, zu der Festlegung einer endgültigen Entschädigungssumme sein „vorläufiges“ Einverständnis gegeben hat. Denn Millerand erklärt jetzt ausdrücklich, daß diese Summe, deren Festlegung Deutschland ermutigen soll, nur als Minimum zu gedacht sei, das nach Belieben der Sieger erhöht werden könne. Damit würden die von der bürgerlichen Presse auf Spaa gesetzten Hoffnungen um so häufiger werden, als ja Millerand außerdem erklärte, daß Deutschland in Spaa nicht als gleichwertiger Faktor, sondern nur zur Aufführung vertreten sein soll.

Paris, 17. Mai.

Ministerpräsident Millerand hat dem Vertreter des Reiches gestern nach Schluß der Konferenz von Göttinge gesagt, man sei übereingekommen, daß Deutschland nur nach Spaa kommen solle, um Aufklärung zu geben, namentlich über die Nichtausführung der militärischen Bestimmungen des Vertrages. Man sei auch darin einig gewesen, daß man die Erläuterungen nicht abwarten brauche, die die deutsche Regierung den vereinigten Alliierten geben werde, um alle Maßnahmen zu treffen, die die internationalen Kontrollkommissionen für nötig erachteten. Auch wegen der nichtausgeführten wirtschaftlichen Klauseln wolle man die Konferenz von Spaa nicht abwarten, um ihre Ausführung sicherzustellen.

Dem Vertreter des Journal sagte Millerand, man wolle für die deutsche Entschädigung eine feste Summe festsetzen, damit die ehemaligen Feinde die Schwere ihrer Lasten erkennen und um sie zu einer baldigen Tilgung zu ermutigen. Der festgesetzte Betrag werde aber nur ein Minimum sein, unter das man nicht heruntergehen werde. Die Tür bleibe für Erhöhungen offen. Wenn sich die wirtschaftliche Lage Deutschlands in besonderem Maße verbessere, dann sei es nur gerecht, daß auch die Alliierten einen Anteil von diesen Nutzen hätten.

## Ein deutschnationales Märchen.

Major Bischoff und „sein“ Kind.

Die deutschnationale Presse geht seit Wochen mit einem zugewandten Wahnwahn umher. Sie behauptet, daß auf dem Wege des Märchens gewordenen Hochverrats Major Bischoff in Rzeszow gehängt worden sei. Dabei habe die Polizei sogar das festsitzende Tüchchen des Majors verhaftet, nach Weilin geschleppt, dort einem hochaustralischen Verhör unterzogen und dann eingesperrt. Wie alle deutschnationalen Behauptungen ist auch diese von Anfang bis Ende unwahr. Tatsache ist, daß Major Bischoff überhaupt kein Kind hat. Das auf seinem Gut angelegene Mädchen gehörte einer Latine, der Dorotea u. Krusa-g-Loringhausen, die der Major Bischoff als Soldatenbraut aus dem Vollenlande mit nach Deutschland gebracht hat und die jetzt mit ihm in Weilin wohnt. Der hochverräterische Major hat auf das Kind absolut kein väterliches Recht. Es ist auch unklar, daß dieses Kind eingesperrt oder verhört worden ist. Wenn es wollte, auf dem Gute Bischoffs sich niemand des Kindes annehmen; die Komma, die zum Verhör nach Weilin gebracht wurde, hat deshalb, das Kind mitnehmen zu dürfen, und dies wurde auch geschehen.

Die deutschnationalen werden, allen Umständen zum Trotz, das Märchen natürlich auch weiterhin im Volkstempel verwenden. Es hängt auch zu schön, zumal wenn dabei ein Teil auf die Tugend des deutschen Mannes und auf den edlen Familienstamm angeknüpft wird, den Herr Bischoff mit seiner Landbesitzerin so färschwelisch zu haben vertritt.

## Die Heimkehr der Gefangenen aus Rußland.

Der erste Transport in Swinemünde eingetroffen.

Swinemünde, 17. Mai.

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene stellt mit: Der erste Heimkehrertransport mit 400 Reichsdeutschen und 200 überreichsdeutschen Kriegs- und Zivilgefangenen aus Sowjetrußland ist am Sonntag nachmittag über Rarwa wohlbehalten in Swinemünde eingetroffen.

Die Rückführung von Frankfurt und Darmstadt durch die Franzosen und Belgier wurde am Montag vormittag ohne Zwischenfall beendet. Die Gefangen wurden entlassen. Ausbreitungen in Marienwerder. Bei einer polnischen Ausbreitung kam es am Sonntag in Marienwerder zu schwerer Ausschreitungen, bei denen mehrere Personen verwundet wurden. Die Ruhe wurde erst durch das Einschreiten der italienischen Besatzungstruppen wieder hergestellt.

Frankreich erteilt Schonen an. Der französische Ministerpräsident hat der Hauptstadts Vertretung in Paris mitgeteilt, daß die französische Regierung Litauen de facto anerkennt.

## S raßenhä. dler!

Bei den 60 Wählerversammlungen der U. S. P. D. muß überall die 3. Wahlnummer der

**FREIEN WELT**

verkauft werden. // Soeben erschienen!!



### Krankentassen und Ärzte.

#### Gefahr eines Generallstreiks der Ärzte.

Wenn nicht durch eine schnelle, unvorhergesehene Wendung ein schwerer, im Ansehlich in die Verordnung vom 30. April, die die Versicherungspflicht für die Krankentassen ausdehnt, entstandener Konflikt schließlich beigelegt werden kann, dann ist ein Generallstreik der Ärzte für die nächsten Tage zu erwarten. Ohne Forderungen zu stellen oder Schiedsinstanzen anzurufen, haben die Ärzte den fristlosen Rücktritt von ihren Verträgen mit den Krankentassen erklärt. Nachdem dies geschehen ist, haben sie von den Tassen eine Verdreifachung ihrer Bezüge, zum Teil bis zu 480 M. Honorar für den Tag gefordert. Die deutsche Krankenversicherung ist damit in eine schwere Krise getreten.

Der Verband der Ärzte Deutschlands hatte zum 16. Mai seinen Beirat nach Leipzig berufen. Die Beratungen beschäftigten sich mit diesem Konflikt und ergaben vollständige Einmütigkeit in der Stellungnahme der Ärzte gegenüber den Krankentassen. Es wurde folgende Entschliessung gefasst:

1. Der Beirat beschließt den Eintritt des vertragslosen Zustandes am 23. Mai 1920 mittags 12 Uhr. Er ist damit einverstanden, daß auf etwaiges Ersuchen der Kassenvorstände oder der Regierung nochmals Einigungsverhandlungen mit den Kassenvorständen in einem paritätischen Ausschuss unter einem von beiden Teilen vereinbarten Vorsitzenden versucht werden. Bedingung ist, daß dort über sämtliche zwischen den Tassen und den Ärzten bestehenden Streitpunkte, und unter denen zuerst über die Frage der freien Arztwahl verhandelt werde, daß vor Beendigung dieser Verhandlungen seitens der Regierung keinerlei Verordnungen erlassen oder Maßnahmen getroffen werden, die in den laufenden Streit eingreifen, und daß von den Tassen keine Versuche zur Gewinnung von Restkassen gemacht werden.

2. Den Erlaß der vom Reichsarbeitsministerium im Entwurf mitgeteilten Rechtsverordnung vom 13. Mai über die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung bei den Krankentassen erklärt der Beirat für völlig überflüssig, da kein Arzt ein Schiedsgericht anerkennen oder anrufen wird, das nicht nach freiem Ermessen, sondern nach gegebenen Vorschriften zu urteilen hat. Inwiefern soll bei den Einigungsverhandlungen Selbsteinsehen gegeben sein, mit den Tassen eine Vereinbarung zu treffen, die an Stelle der in Aussicht genommenen Rechtsverordnung treten und Befehlskraft erhalten kann. Die für die Schiedsgerichtliche Behandlung der Einzelanträge vom Arbeitsministerium aufgestellten Richtlinien sind völlig unannehmbar.

Dazu erhalten wir eine Erklärung, die vom Hauptverband deutscher Ortskrankentassen, E. V., Dresden; Verband zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankentassen, Essen; Gesamtverband deutscher Krankentassen, E. V., Essen; Allgemeiner Verband deutscher Landkrankentassen, Berlin; Verband deutscher Innungs-krankentassen, Hannover — also von sämtlichen Interessentenverbänden der Krankenversicherung — unterzeichnet ist. Die Erklärung lautet:

Aus Anlaß der Verordnung vom 1. April, in der geänderten Fassung vom 30. April d. J., welche den Grundlohn in der Krankenversicherung herabsetzt und die Versicherungspflicht der Angehörigen ausdehnt, hat der Ärzteverband die Weisung an die Ärzte gegeben, den Krankentassen gegenüber die geltenden Verträge fristlos zu kündigen und aus dem Vertragsverhältnis alsbald auszutreten. Die Ärzte, die dieser Weisung entsprechend handeln, begehen einen Vertragsbruch, denn die neue Verordnung stellt seinen wesentlichen Grund im Sinne des § 620 B.G.B. dar, der zur sofortigen Auflösung bestehender Verträge berechtigt. Die Tassen begehren deshalb nachdrücklich auf Durchführung der Verträge und machen vertragsbrüchige Ärzte für allen durch einen Ärztestreik entstehenden Schaden haftbar.

Die genannte Verordnung verpflichtet die Krankentassen, den Grundlohn bis auf 24 M. für den Arbeitstag festzusetzen und gibt ihnen das Recht, bis 30 M. zu gehen, gegen bisher 8 und 10 M.

Die Maßnahme mußte bei der großen Teuerung und der Geldentwertung schon längst getroffen werden und die Ärzte mühten und haben auch beim Abschluß des Tarifvertrages vom 9. Dezember 1919 hiermit gerechnet. Der Grundlohn bei den Krankentassen war weit hinter den gezahlten Löhnen zurückgeblieben, er betrug vielfach nicht mal mehr ein Drittel derselben. Die mit dem höchsten Grundlohn versicherten verheirateten Kassenglieder bezogen bei den Regelleistungen arbeitstäglich höchstens nur 5 M. Krankengeld und in wenigen Fällen, in denen die Krankentassen die höchsten Leistungen an Krankengeld bezahlten, 7,50 M.

Selbstverständlich müssen auch die Beiträge erhöht werden, zumal sich die Krankentassen durch gewaltige Steigerung der Ausgaben für Arzthonorare, Krankenhauspflegekosten, Arznei- und Verwaltungskosten in großer Geldnot befinden. Wie aus der Tatsache, daß die Krankentassen nun auch von den höheren Grundlohn Beiträgen erhöhen, die Ärzte einen wichtigen Grund herleiten, die Verträge fristlos zu kündigen, ist völlig unverstänlich.

Ueber die von dem Ärzteverband geforderte Erhöhung der Honorarfätze im Tarifabkommen vom 9. Dezember v. J. um 50 v. H. schwebten zur Zeit des Vorgehens der Ärzte noch die Verhandlungen und es ist nicht die Schuld der Krankentassen, vielmehr der Ärzte, wenn diese so weit hinausgegangen worden sind.

Weiter wird durch die Verordnung die Versicherungsgrenze für die Angestellten auf 16 000 Mark pro Jahr erhöht gegen bis dahin 6000 Mark. Durch diese Erhöhung werden in den Großstädten und Industriegebieten kaum neue Angehörige als versicherungspflichtige Mitglieder den Krankentassen zugeführt, denn die Gehälter sind längst bis zu dieser Höhe gestiegen.

Es kann keine Rede davon sein, daß durch die Erhöhung der Versicherungsgrenze die Privatpraxis überhaupt oder auch nur nennenswert beeinträchtigt wird. Die gegenteiligen Behauptungen der Ärzte in der Presse sind nachweislich unrichtig. Es besteht deshalb auch kein Anlaß für die Ärzte, wegen der Erhöhung der Versicherungsgrenze für Angestellte, plötzl. die Einführung der freien Arztwahl bei den Krankentassen zu fordern. Die Frage des Arztstimmens bei den Krankentassen ist durch das allgemeine Einigungsabkommen (Berliner Abkommen) vom 23. Dezember 1913 geregelt, das bis 1923 läuft.

Die vom Ärzteverband geforderte freie Arztwahl ist alles andere als eine freie Wahl des Arztes durch den Versicherten. Sie ist nichts anderes als ein Arztzwang für die Krankentassen, die verpflichtet werden sollen, jeden Arzt zuzulassen, der Kassenzugang treiben will; dagegen ist kein Arzt gehalten, Kassenzugang zu begehren.

Das Vorgehen des Ärzteverbandes soll die Möglichkeit eröffnen, im ganzen Reich einen vertragslosen Zustand herbeizuführen. Es wird ein Vorwand gesucht, die durch Abkommen mit den Tassen geregelte Kassenzugangsfrage aufzuheben und sie durch einen Gewaltstreich einseitig im Sinne des Ärzteverbandes zu regeln. Diese Absicht ergibt sich klar und eindeutig auch aus den zahlreichen Kundgebungen aus den Kreisen des Ärzteverbandes. Gegen ein solches Vorgehen müssen die Krankentassen und ihre Verbände nachdrücklich Warnung einlegen, um so mehr, als das Vorgehen der Ärzte zugleich den Bruch des Berliner Einigungsabkommens vom 23. 12. 1913 und des Tarifabkommens vom 9. 12. 1919 bedeutet.

Die zentralen Verbände der Krankentassen und Ärzte sind in ihren Beziehungen durch Schieds- und Einigungsabkommen gebunden, die die Schlichtung aller auftretenden Streitigkeiten in einem geordneten Verfahren vorsehen. Es ist bei dieser Sachlage ein vertragswidriges Verhalten, den Streit an allen Orten zwischen Krankentassen und Ärzten zu entzünden und dann zu Verhandlungen einzuladen und überhaupt in der Einladung hierzu die Unterwerfung unter die geltenden Forderungen mit Streifandrohung zu verbinden. Was der Ärzteverband als vertragslosen Zustand in den Beziehungen der einzelnen Ärzte zu den Tassen bezeichnet, ist für die Krankentassen nichts anderes als ein Streik. Die Krankentassen werden jeder Vergewaltigung durch die Ärzte entschieden entgegenzutreten, umso mehr als der Ärzteverband seit Jahren den Ausbau der Krankenversicherung, insbesondere die Einführung der ärztlichen Behandlung der versicherungsfreien Familienangehörigen verhindert, die Errichtung von allgemeinen Beratungsanstalten hintertreibt und jeder von sozialem Geiste getragenen Neuordnung des ärztlichen Dienstes bei den Krankentassen die größten Schwierigkeiten bereitet.

### Wählerversammlungen der U. S. P. D.

Am heutigen Dienstag, abends 7 Uhr, finden in den nachstehend verzeichneten 38 Lokalen öffentliche Wählerversammlungen der U. S. P. D. statt, in der bekannte Parteigenossen sprechen werden. Wir erwarten, daß jeder Genosse durch eifrige Agitation für eine Massenbeteiligung Sorge trägt.

- Germania-Brauerei Eiseberg, Frankfurter Allee 314.
- Andreas-Beckh, Androsstr. 21.
- Schonerl, Annastr. (Kammelsburger Bahnhof).
- Voelers Becks, Webersstr.
- Wald-Brauerei, Fildischstr.
- Unions-Brauerei, Finkenheide.
- Central-Becks, Alte Jakobstr. 32.
- Widow-Brauerei, Prenzlauer Allee 243.
- Wittners Becks, Schwedter Str. 23.
- Schulau, Gartenstr. 25.
- Roebiter Gesellschaftsbau, Bielefstr. 23/24.
- Stadtkater Noabit, Al-Noabit.
- Pagenhofer-Brauerei, Turmstr. 25/26.
- Unions-Brauerei, Quackstr.
- Schulau, Rüdigerstr., Ecke Panitzstr.
- Schulau, Grünthaler Str. 5.
- Schulau, Christianiast. 36.
- Schulau, Pringen-Allee.
- Ed.-Ch., Waldemarstr. 74.
- Märkischer Hof, Admiralstr. 18b.
- Schulau, Reichenberger Str. 67.
- Schulau, Ullmannstr. 16/17.
- Schulau, Ullmannstr. 5.
- Schulau, Mantensstr. 7.
- Schulau, Breitenhagener Str. 20.
- Schulau, Scherrenbergstr. 7.
- Schulau, Senefelderstr. 6/7.
- Müller-Säle, Kaiser-Wilhelm-Str. 21.
- Tempelhof, Realgymnasium, Kaiserin-Augusta-Str. 19/20.
- Wilmersdorf, Aula Oberrealschule, Am Seepark.
- Treptow, Sprengarten, Alt-Treptow 11/13.
- Kadow, Lokal Schulzendorferstr.
- Charlottenburg, Gemeindefaule Rehringstr.
- Mariendorf, Aula Gymnasium, Kaiserstr.
- Pankow, Zum Kurfürsten, Berliner Str. 102.
- Rosenthal, Lokal Bohm, Hauptstr. 1.
- Petershagen.
- Karlshorst, Deutsches Haus.

### Verbandsstag der Bauarbeiter.

Pariserstr. 14. Mai.

#### 7. Verhandlungstag

Den Bericht der Statutenberatungskommission gab Merkel-Rürnberg. Die vielen Anträge wurden im wahren Sinne des Wortes durchgepeitscht. Die verschiedenen Unterhaltungsleistungen wurden auf Drängen der kleineren Vereine selbstbesorgt, sogar noch verbessert. Die Invalidenunterstützung wurde von der Verordnungscommission abgelehnt, im Plenum mit 120 gegen 110 Stimmen angenommen. Mitglieder der Reichswehr müssen aus der Organisation ausscheiden. Bei Wiedereintritt wird die Mitgliedschaft nicht angerechnet. Mitglieder, die vorübergehend in die Einwohner- oder Sicherheitswehr eintreten, sind vor dieser Bestimmung ausgenommen. Die Vorlage des Verbandsvorstandes über die Beitrags-erhöhung wurde angenommen. Die erhöhte Streikunterstützung tritt sofort in Kraft. Alle anderen erhöhten Sätze nach Zahlung von 20 erhöhten Beiträgen. Die Zahlung des erhöhten Beitrages tritt am 1. Juli 1920 in Kraft.

### Der Sternsteinhof.

Roman von Ludwig Anzengruber.

Einige Stunden später trat er zu Schwenddorf in Rössbiermarteils Stube. Er fand dort Sali, die über einer Stäbchenarbeit saß.

„Griß Gott,“ sagte er.  
„Auch so viel.“ Sie war aufgestanden und schob, was sie in Händen hatte, zur Seite, dann schritt sie nach der Türe. „Der Bader wird gleich kommen.“

Toni verstellte ihr den Weg. „Du bist mir böz und hast's Recht dazu. Der Gedanken hat mer'n Gana berfäcker g'mug g'macht. Drum is mir lieb, daß ich allein mit dir reden kann. — wann d' mich anhör'n willst, — bevor dein Bader kommt, denn ein'm Ron gegenüber meint mer sich doch was a'bergeben, wann mer ein'stel'n soll, wir groß man a'hebt hat. Was mer aber leicht fällt, das is, daß ich dich um Verzeih'n bit' für mein' Grobheit; ja wez war das eine und a'ausgebige dazu, schon am Freitag mein wenig Aufschau'n auf dich und nachher gar 's Sibenlassen am Falschnaball. So lät ich dich denn recht schön bitten, daß d' nimmer d'ran gedenken und mir's nit nachfragen möcht'.“

„Weil d' mir's so ordentlich und wie a'Wirt is. Obitt' so will ich d'r's auch nimmer gedenken, noch nachtraag'n.“

„So gib mir d'Hand d'rauf, daß d' mir wieder gut bist.“

Sie reichte ihm die Hand. „Ich bin dir wieder gut, aber anderlät nit, wie's früher zwischen uns a'wesen is.“

„Mein' liebe Sali, wann ich mein's Lebens froh werden soll, so muh's besser kommen. Hör' mich an, — aber zum Reiden, daß d' kein Groll mehr hast, sit' da nieder neben mir.“ Er führte sie nach der Bank, welche die Vertiefung des einen Fensters ausfüllte und wo sie an seine Seite, dann fuhr er fort: „Rast' dir nun waen, wie all's so kommen is, ich möcht' nit, ich kim' dir unverstänlich vor, denn jed's Ding hat sein' Grund. Ich weiß nit, ob auch dir, aber mir war's ungewis, daß zwischen unsern drei Finten schon lang' b'kloffene Sali war, wir tollten uns a'rotten, und zur selben Zeit, wo ich's erste Mal davon a'wärt' hab, — drei Jahr' is 's her, nit früher hab's der Bader Wort a'hoht — da is 's just so d'rangkommen, als ob mer mir dich wollt' b'naufzuzigen und Nötzen hat's!

doch nit not bei einer Dirn', wie du bist, und nötigen laßt sich auch kein Bub', wie ich bin; überdem will ich dir's nur frei eing'f'ch'n, daß zur selben nämlichen Zeit ich mit einer im Ort a' Wandlerei a'hoht hab'. Du siehst, ich geh' nit d'rauf an, dir was vor'a'lügen und schäm' mich der Wahrheit nit.“

„Das nimm' ich dir auch groß' übel. Mer weiß ja, daß ihr Mammleut' oft mit mehr als einer geht, bevor ihr auf die trifft, mit der ihr dann haufen wollt.“

„Du bist a' grunds'cheidele Dirn' und wirst wohl auch versteh'n, daß mir damals die Sali' allenthalten kein' redden Schick' a'hoht hat.“

„Es wär' auch gar nicht recht a'west, wo du's mit einer a'halten hast, an die Heide mit einer andern a'denken. Ich hätt' mich schon bedankt für d'Gut', mit dir zum Altar a'geh'n, wo dir die Dirn' noch im Sinn liegt; so was muh' völlig vorbei sein, denn's Weib darf keiner nachs'ehen.“

„Alit' h'nein, in Alt'm hast Recht! Gibt is aber dō dumm' G'richt lang' schon völla vorbei.“

Sali rüdte näher und leute ihm die Hand auf die Schulter.

„Döselbe hat a'beirat' lura d'rauf.“ Idammarte er, ihrer Frage zuvorkommend. „Denk's laum, wie I' auch a'hoht hat. Gibt bin ich kein' heuriger Sol' mehr und bist weiz ich was mer lauet, und gibt, Sali, wann mir du einverstünden wärst, nimm' ich dich zum Weib, ob's unsern drei Wadern a'legen kim' oder nit!“

„Das is a' unfindlich' Reden! Da bin ich viel anderlät wie du. Wann's mein' Bader will, der deine nit doagen hat und du's a'frieden bist.“

„I' nit kon' mein' Dirndl! O du mein' Dirndl!“ rief der Bader und schloß sie in seine Arme und preßte seine Lippen auf die ihren.

Einige Augenblicke hielt sie sich, wie erschrockt und schen, realos; dann wehrte sie den Bader ab und erhob sich klirr. „Du bist ein' Schlimmerl! Recht is 's Zeit, ich lauf' nach'm Bodem!“ Damit war sie aus der Stube.

„Ei, du mein',“ sagte Toni, „dō is wie ein' Stid' Sol'. No, wann auch was tu's? Sali im Haus und nach im Wald mach'n Fäher bezahlt.“

Nach einer kleinen Weile kam der Rössbiermarteil angetroßt. „No, du Lotter,“ schalt er im Eintreten. „Bist wieder le'm?“

„Wie d' siehst.“

„Du Sakra, du, und gibt komst mer gar der, der Dirn' 'n Kopf verdreh'n? Na, das sog' ich dir nur frei gleich, Dummheiten leid' ich nit, willst kein' G'schickchen machen, so bleib' mer woi!“

„Rössbiermarteil, ich kann dir gar nit sagen, wie ehrlich ich's diesmal mein', aber du kennst mein' Wadern, du weizt, der hot mehr Aufschickten, wie a' Fuchs. Laß dich bedeuten, wie mer den jeden Schluß verlegen wollen; dehvögen bin ich da.“

„Sali,“ lachte der Rössbiermarteil. Das Mädchen muhte Wein und Rauschfleisch auftragen, dann setzten sich die beiden Männer zusammen und der Rössbiermarteil ließ sich bedeuten.

„No, Toni,“ sagte am Sonntag Morgen der Sternsteinhofbauer, „fahrst mit b'nüber nach Schwenddorf? Galt ja mehr kein' Urloch, daß d' dich a'rod in der Rössbiermarteil's Kirchen als leudt'ed's Beidiel für's G'find him stell'st.“

„Dōs nit, aber drent' is 's mir a'wider.“

„Zweg'n we denn?“

„In Rössbiermarteil und feiner Dirn' halber.“

„Gaha, b'finnst dich of dō?“

„Rein, verpessen wird' ich döselbe, wea'n der ich a' eing'klemmt word'n bin.“

„Is eigentlich a' arm's Gaischel, hat da wieder die drei Aaft of dich a'wart.“

„Hst mich? Da kimt' I' nach lana warten. Wör' doch a' heller Unsinn, wann ich bist an's Beiraten döcht', als Reservist.“

„Wie lang' hast noch?“

„Sieh'n Nohr' Reserv' und zwei Jahr' Landwehr.“

„Macht' neune. Sakra h'nein, is a' Reil!“

\*) Ent, auch herent und drent' wie „haben und drüben“, im Gebrauch jedoch sehr willkürlich, da nach dem Standpunkte des Sprechers haben und drüben gleich ferne liegen kann, z. B. im Thal die Berge „ent und drent“, und wo er sich selber vom Gegenstande absetzt (drent), „ent“ nicht nahe, nur „herent“, was deutet immer herüber.

\*\*) Zweg'n we! = Zwege was? Weßhalb!

Die Gehaltsregulierungskommission gab erneut Bericht, woraus hervorgeht, daß für die Gehaltsangelegenheiten der Grundlohn eines Mannes in Frage kommt. Eine Staffelform der Gehälter nach Dienstzeit und Verantwortlichkeit war dabei nicht zu umgehen.

Bei den Vorstandswahlen enthielt sich die Opposition der Stimme. Der Sitz des Ausschusses verbleibt in Berlin.

In seinem Schlußwort hies Paepow die Verhandlungskräfte und wies darauf hin, daß im Prolog alle Verhandlungen zu ihrem Rechte kommen sollten. Die Beschlüsse der Arbeitsgemeinschaft und die Erklärung die sich gegen Sinnlosigkeit, bedauerte er nochmals. Schluß des Verhandltages.

### Neuvaliditätsdufel in den Konsumgenossenschaften.

Der Verband der Konsumvereine der Provinz Brandenburg und der Nachbargebiete hielt am 12. und 13. Mai in Liegnitz seine Jahresversammlung ab. Es wurde dabei auch die neuerliche Steuererhebung behandelt. Der Referent gab allerdings nur einen Kommentar der neuen Steuern ohne jede kritische Würdigung. Nachdem ein Delegierter der Berliner Konsumgenossenschaft darauf hingewiesen hatte, wie die Reichsabgabenordnung den bestehenden Klassen die Möglichkeit bietet, sich von den direkten Steuern zu drücken, wie aber andererseits die Arbeiterklasse von der indirekten Umsatzsteuer belastet wird, beschloß die Tagung fast einstimmig, in einer Resolution gegen diese Steuermaßnahme zu protestieren. Inzwischen arbeitete aber die Verhandlung gegen eine solche Entschlieung, weil die Konsumvereine ihrer politischen Neutralität wegen nicht gegen indirekte Steuern protestieren dürften. Bei der Abstimmung ergaben sich dann anderntags nur noch 58 Stimmen für und 44 gegen die Entschlieung. Was der wirkliche Grund dieser Weigerung war, ergibt sich wohl am besten daraus, daß ein Redner die Umsatzsteuer mit der Begründung zu rechtfertigen suchte, daß die Mehrheitssozialisten in der Nationalversammlung dafür gestimmt hätten und die Konsumvereine doch nicht das Gegenteil beschließen könnten!

Für den Verhandltag war es bezeichnend, daß er die Verwaltung der Konsumgenossenschaft Berlin die bisher in der Verhandlung vertreten war, aus dieser herauswählte und außerdem beschloß, der Konsumgenossenschaft Berlin nicht mehr einen Sitz im Generalrat des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zu gewähren. Die Ursache dieser Beschlüsse liegt darin, daß die Genossenschaftskrämer die etwas freiere Luft, die in der Berliner Konsumgenossenschaft weht, nicht vertragen können. Dabei hat die Berliner Konsumgenossenschaft nicht nur den größten Umsatz und die höchste Mitgliederzahl im Verbände brandenburgischer Konsumvereine, sondern soll auch den höchsten Verbandsbeitrag zahlen.

Die Konsumgenossenschaften verkenne ihre Aufgaben, wenn sie meinen, sie dürften sich nicht mit politischen Fragen befassen. Als Konsumentenorganisationen haben die Konsumgenossenschaften geradezu die erntliche Pflicht, zu einzelnen politischen Fragen, wie z. B. Verbrauchsteuer, Stellung zu nehmen. Wenn einzelne Funktionäre glauben, aus Solidarität mit ihren rechtssozialistischen Parteifreunden, die beratende die arbeitende Klasse fort besetzende Steuern mitbeschlossen haben, einen anderen Standpunkt einnehmen zu müssen, dann gehören sie nicht mehr an ihren Platz und sollten so bald wie möglich abberufen werden.

## Gewerkschaftliches.

### Sind Schiedsprüche nur für die Privatindustrien verbindlich?

Vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter werden wir um Veröffentlichung des folgenden ersucht:

Die Regierung drängt bekanntlich darauf, daß Lohnstreitigkeiten möglichst durch Schiedsprüche in den Schlichtungsausschüssen ihre Regelung finden und war es das Bestreben des Reichsarbeitsministeriums von jeher zu vermitteln, um derartig gefällte Entscheidungen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber durchzusetzen. Aus den neuesten Vorgängen heraus erscheint es, daß man wohl die Privatindustrie verpflichten will, nach diesen Grundrissen zu handeln, nicht aber im eigenen Hause. Hier gilt noch wie vor „der Herr-im-Hause-Standpunkt“. Folgender Vorgang möge hier als Beispiel dienen:

Nach längeren klärender Verhandlungen mit den Vertretern der Reichs- und Staatsregierung, die kein befriedigendes Resultat gezeitigt, wurde dem Rabinett ein Angebot gemacht, welches von den Arbeitnehmern abgelehnt werden mußte. Nach § 26 des Tarifvertrages mußte vor ArbeitsEinstellung der Schlichtungsausschuss angerufen werden. Letzterer tagte am 19. April d. J. im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz des früheren Reichsarbeitsministers Wiffel als unparteilicher Vorsitzender. Die Arbeitnehmer nahmen den gefällten Schiedspruch an, nicht aber die Reichs- und Staatsregierung. Hier lehnte man kurzer Hand den Schiedspruch ab, unter Gründen, die geradezu Kopfschütteln bei jedem klar Denkenden hervorrufen müssen, indem man sich auf den Standpunkt stellte, daß der Verwaltungsarbeiter noch alter Tradition niedriger entlohnt werden muß, im Hinblick auf die Eisenbahnarbeiter. Wenn auch der Schiedspruch niedrige Löhne in den Anfangslöhnen vorgezogen hat, dürfen auch die Endlöhne noch mehrjähriger Tätigkeit nicht an die Löhne der Betriebsarbeiter herantreten.

Diese Argumente werden bei der Arbeiterschaft wenig Verständnis finden, denn bei den rationierten Lebensmitteln hat der Verwaltungsarbeiter das Brot, Fleisch, Fett usw. nicht einen Pfennig billiger wie der Betriebsarbeiter. Das Tollste hat sich der Minister der öffentlichen Arbeiten geleistet, indem er folgendermaßen in einem Schreiben über den Schiedspruch berichtet.

Nachdem er in langatmigen Begründungen ersucht, den Schiedspruch abzulehnen, mit Rücksicht auf die Eisenbahnarbeiter, heißt es zum Schluß wörtlich: „Im übrigen glaube ich aus den erdeteren Umständen auf die Gefahren hinzuweisen, die sich aus dem Eingreifen öffentlicher Schlichtungsausschüsse in die staatliche Lohngebung für das allgemeine Wirtschaftsleben ergeben. Derartige Ausschüsse sind beim besten Willen nicht in der Lage, die Zusammenhänge völlig zu übersehen und zeitigen durch Eingelassenen Folgen, die weit über den beabsichtigten Schiedspruch hinausgehen. Daraus ergibt sich auch die Bedeutung solcher Entscheidungen für die Staatsfinanzen und die politische Stellung nicht halbare Erscheinung, daß die Staatsverwaltungen durch nicht verantwortliche Stellen zu Aufwendungen gedrängt werden, deren Bewilligung eines der hervorragenden Rechte der Volksherrschaft ist.“

Wiso in kurzen Worten erklärt Herr Oeser, der frühere Minister Wiffel als Vorsitzender des Schlichtungsausschusses ist nicht in der Lage, die Zusammenhänge zu erkennen, die nationale Lohnbewegung für das allgemeine Wirtschaftsleben ergeben, daß kann nur Herr Oeser. Drei alte Gewerkschaftler, als Arbeitnehmerbevollmächtigter, die mehr als zwanzig Jahre in der Gewerkschaftsbewegung tätig sind, drei Arbeitgeberbevollmächtigter (Mademiker) sind alles Trolch, die keine Kenntnis vom Wirtschaftsleben haben. Schiedsprüche sind nur für die Privatindustrie, aber nicht für die Reichs- und Staatsregierung da. Öffentlich quittieren auch die

Staatsarbeiter damit, indem sie am 6. Juni 1920 an die Wahlurne gehen und mit derartigen Leuten, wie Oeser, Wiffel und Genossen endgültig aufträumen.

### Was geht in der Metallindustrie vor?

Nachdem man die Vorschläge der Tarifkommission der Angestellten zusammen mit den Unternehmern seit Anfang April viele Wochen hindurch eingehend beraten hatte, und nachdem ferner in kleineren Kommissionen und Unterkommissionen für die Gruppierungen eine annehmbar, einheitliche Grundlage gefunden worden war, und man sich auch bei einigen Bestimmungen des Rahmentarifvertrages genähert hatte, überreichten jetzt die Metallindustriellen ihren Gegenvorschlag. Dieser Gegenvorschlag ist so abgefaßt, als ob Verhandlungen überhaupt gar nicht vorausgegangen wären. Gegenüber dem alten Tarif enthält er sogar Verschlechterungen und läßt auch das geringste Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der Angestellten vermissen. Es braucht wohl nicht besonders erwähnt zu werden, daß von dem sogenannten Tarifbestimmungsrecht, welches von den Angestellten im April 1919 erkämpft worden war, auch nicht eine Spur mehr im neuen Gegenvorschlag zu finden ist.

Die Ansicht der Angestelltenvertretungen über diesen Gegenvorschlag wurde in der Sitzung vom Freitag den Unternehmern in klarer Form vom Verhandlungsführer mitgeteilt. Um den Metallindustriellen Gelegenheit zu geben, den nochmals betonten Standpunkt der Angestelltenorganisationen eingehend in Erwägung ziehen zu können und nicht unnötige Diskussionen zu führen, blieben die Angestelltenvertreter, den Unternehmern anheim, sich allein zu beraten, und zogen sich zurück. Dies legten die Arbeitgeber als Verhandlungsabbruch aus. Um nun nicht das Odium auf sich zu laden, als hätten sie nicht bis zur äußersten Grenze der letzten Möglichkeit weiter verhandelt, traten die Angestelltenvertreter mit den Unternehmern später nochmals in eine Aussprache ein. Wie zu erwarten war, schloß aber auch diese Aussprache kein anderes Ergebnis. Es ist abzuwarten, welche endgültige Antwort nunmehr von Seiten dieser Unternehmerschaft erfolgt.

Weiter die hier geschilderten Vorgänge wurde am Freitag abend in einer in der Brauerei Köpenick abgehaltenen überfüllten Versammlung der Funktionäre von Hjalmar berichtet. Einstimmig und ohne jeden Widerspruch nahmen die Funktionäre folgende Entschlieung an:

„Die Funktionäre der Ma aus der Metallindustrie lehnen die von den Unternehmern vorgeschlagenen geringen materiellen Höhe und deren Aufbau ab, ebenso die sicheres Verschlechterung des sozialen Teiles des Unternehmervorschlags. Sie blieben den Standpunkt der Tarifkommission.“

Am die gesamte Angestelltenchaft über diese Vorgänge zu unterrichten, beruft das Ortskomitee der Ma für Mittwoch, den 10. Mai, abends 7 Uhr, nach der „Neuen Welt“ Hofenbrücke, eine Versammlung aller männlichen und weiblichen Angestellten der Metallindustrie ein. Es wird vor allem über die bis dahin zu erwartende letzte Antwort der Unternehmer berichtet werden. Die Kollegenchaft in den Betrieben hat dafür zu sorgen, daß die Angestellten in Massen erscheinen.

### Arbeitgeberverband Deutscher Gemeinden und Kommunalverbände.

Am 3. Mai haben sich zahlreiche Gemeinden und gemeindliche Bezirksarbeiterverbände aus allen Teilen des Reichs zu einem Arbeitgeberverband deutscher Gemeinden und Kommunalverbände zusammengeschlossen.

Der Sitz des Verbandes ist Berlin. Der Verband wird die Rechtsfähigkeit durch Eintragung in das Vereinsregister erwerben. Seine Geschäftsstelle befindet sich vorläufig bei der Zentralstelle des Deutschen Städtebundes, Berlin, G. L. Poststraße 17.

Zweck des Verbandes ist die Wahrung der gemeinsamen Interessen seiner Mitglieder als Arbeitgeber und die Herbeiführung des Ausgleichs der wirtschaftlichen Interessen zwischen den Mitgliedern und deren Arbeitnehmer. Eine zu diesem Zweck von einem besonders gewählten Ausschuss mit dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, sowie dem Verband der Gemeindearbeiter und Staatsarbeiter Deutschlands abgeschlossener zentraler Manteltarifvertrag wurde von dem Arbeitgeberverband genehmigt.

### Zum Friseurstreik.

Gestern Nachmittag fand in der Bismarck-Brauerei eine Versammlung der freilebenden Friseurgehilfen Groß-Berlins statt, die eine außerordentlich harte Beteiligung aufwies. Dem in dieser Versammlung erstatteten Bericht der Zentralstreikleitung zufolge steigt die Zahl der im Ausstand befindlichen unzufriedenen. Man schätzt die Gesamtzahl der freilebenden Friseure Groß-Berlins auf über 4000. Es wurde weiter Mitteilung gemacht, daß einzelne Friseurinnungen bereits an die Streikleitung herangetreten seien und sich zur Bewilligung der Forderungen der Gehilfen bereit erklärt hätten. Die Versammlung lehnte es ab, sich auf Einzelbewilligungen einzulassen. Man verlangt, daß sich der Interessentenverband der Friseure Groß-Berlins mit der Streikleitung zmeds Verhandlungen in Verbindung setzt.

Die zur Zeit im Betrieb befindlichen, mehr als 350 Kofferhaben der Kundigen erfreuen sich weiter eines starken Besuches. Weitere fliegende Kofferstuben werden am heutigen Tage in der Gegend des Potsdamer- und Anhalter Bahnhofs, sowie des Oranienburger und Rosenfelder Toris eingerichtet. Wie wir hören, besteht die Absicht, diese Friseurstuben auch nach Beendigung des Streiks zum Teil weiter bestehen zu lassen, um den Arbeitslosen unter den Friseurgehilfen auf diese Weise eine Beschäftigung zu verschaffen.

### Tarifabschluß in den Mühlen Groß-Berlins.

Zum Abschluß eines Tarifvertrages ist es wieder zwischen dem Arbeitgeberverband in der Mühlenindustrie Berlins und den in den Mühlen beschäftigten Arbeitnehmern gekommen. Als wesentlichste Forderung kam der Lohn und die Urlaubstage in Betracht. In beiden Punkten wurden Verbesserungen erzielt.

In einer vom Brauerei- und Mühlenarbeiterverband einberufenen Versammlung gab Schmitz als Gruppenleiter im Leitende der Lohnkommission den Bericht. Die Verammelten bedauerten es, daß der Schlichtungsausschuss den Forderungen in betreff Lohnzahlung nicht voll zugestimmt hat. Im übrigen wurde die Organisation beauftragt, den Bedingungen ihre Zustimmung zu geben.

### Die Lohnbewegung der Buchbinder.

In einer kombinierten Vertrauensmännerversammlung der Buchbinder in Buchdruckereien und Buchbindereien berichtete Gaernz von den Verhandlungen in Leipzig. Durch die Buchdruckereibesitzer und zum Teil auch durch die Schuld der Buchbindergehilfen sind die gemeinsamen Verhandlungen gescheitert. Die Scharfmacher im Buchdruckergewerbe gewinnen Oberhand und wollen den angeblich zu hohen Forderungen der Gehilfen einen Damm entgegensetzen. Die Buchdrucker forderten 80 Mark Zulage. An Orten mit besonders hohen Lebensmittelpreisen sollen Ortzulagen gezahlt werden können. Die Buchdruckereibesitzer haben die Forderungen der Buchbinder auf Anerkennung des Reichstariis abgelehnt. Zum Ablauftermin des Buchdrucker-tariis, 31. 12. 1920, sollen neue gemeinsame Verhandlungen stattfinden, die den Zweck haben, einen Manteltarif des ganzen graphischen Gewerbes zu schaffen. Gefordert werden als Ausgleich für den Gehilfen 1,25 M. pro Stunde, für weibliche 75 Pf. für Akkordarbeiter die Erhöhung von 35 auf 60 Prozent. Auf

diese Verhandlungen scheiterten. Die Unternehmer begründeten die Ablehnung des Reichstariis, daß z. B. Krieg in die 4. Ordungsklasse gekommen wäre und Berliner Beschneider als Spezialarbeiter begahlt werden. Mit den Buchbindergehilfen ist dann vereinbart worden, daß am 27. Mai gemeinsame Sitzungen stattfinden, die neue Lohnforderungen zum Zwecke der Verhandlung haben.

Die Delegiertenversammlung war stürmisch entzückt, und es wurde eine Resolution angenommen, die sich nicht damit einverstanden erklärt, und die Reichsarbeitsgemeinschaften ablehnt und vom Buchbinderverband verlangt, daß er sofort austritt.

Einen einseitigen Demonstrationsstreik hatte der Zentralverband der Telegraphen- und Postbediensteten für den heutigen Montag veranlaßt. Der Streik wurde allgemein Folge geleistet, und es wurden im Laufe des Tages auch mehrere Demonstrationszüge durch die Stadt gemacht, von denen besonders einer Unter den Linden sich bemerkbar machte. Die Aktion richtete sich als Protest gegen die Verschleppung der Lohnforderungen durch das Reichspostministerium. Durch den Streik ist erreicht, daß von neuem Verhandlungen aufgenommen wurden.

Rundgebung der Gefängnisbeamten. Aus Anlaß ihres Bundesjahres veranstalteten die Gefängnisbeamten am Freitag eine große Rundgebung. Der Bundesvorsitzende Thiele trat mit Entschiedenheit für volle geistliche und bürgerliche Gleichstellung der männlichen und weiblichen Aufsichtsbekämten ein. Den weiblichen Aufsehungen des Bestandes folgten Ansprachen der Delegierten und eine längere Rede des Abgeordneten Richter-Schönberg (L. S. B.), der dem einseitigen Dasein der Aufsichtsbekämten und ihren Bemühungen um die menschenwürdige Behandlung der Inhaftierten volle Anerkennung zollte. Nach einer Sympathieumgebung der übrigen Beamtenschaft durch Redakteur Kamassa wurde eine Entschlieung einstimmig angenommen, in der u. a. mit Entschiedenheit die Gleichstellung mit den andern Sicherheitsbeamten gefordert wird. Bezeichnend für die Stimmung der Versammlung war ein zum Schluß gestellter, allerdings mit Rücksicht auf die späte Nachtstunde nicht zur Ausführung gekommener Antrag aus der Versammlung, wonach die Verammelten aufgefördert wurden, Demonstration in geschlossenem Zug nach der Dienstwohnung des Generalstaatsanwalts Pfasche beim Kammergericht zu ziehen und seine Dienstwohnung zu verlangen.

Betriebsratwahlen bei der Hochbahn. Die Wisse der freien Gewerkschaften (Betriebsräte und Bureaupersonal) erhielt 1920 Stimmen. Die Wisse der Weissen erhielt zum Angestelltenrat 126 und zum Arbeiterrat 243 Stimmen. Auf die Wisse der leitenden Angestellten fielen 28 Stimmen.

Zentralverband der Maschinisten und Feiler. Wir fordern unsere Funktionäre, Vertrauensleute und Betriebsräte zu der am Mittwoch, den 10. Mai, abends 7 Uhr, in der Hofbrauerei, Friedrichstr. 3, stattfindenden Zusammenkunft aller Funktionäre der Metallindustrie auf zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Wächter! Strammstehen, auch Prinzenmacher. In Offen a. d. M. stehen die Mäler im Streik. Offen ist somit für alle Mäler und Photographen gesperrt. Erkundigung ist eingeholen im Verband der Lithographen, Steindruck und vom Bureau, Engel- ufer 15 III, Zimmer 8768.

Der Angestelltenauschuss der Hauptverwaltung Brandenburg teilt uns mit Bezug auf den in Nr. 172 der „Freiheit“ veröffentlichten Artikel „Die verlorene Reise“ mit, daß die Nachzulungen an die Angestellten bereits erfolgt sind.

## Groß-Berlin.

### Der 70-Pfg.-Tarif genehmigt.

Im Berliner Rathaus trat gestern vormittag die Verbandssammlung Groß-Berlin unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Wermuth zu einer Sitzung zusammen, die sich hauptsächlich mit Verkehrs- und Tariffragen beschäftigte.

In der Beratung der Anträge zur Tarifserhöhung glaubte Herr Haberland auch den Nachmittagszug für die Fahrpreiserhöhung verantwortlich machen und dessen Abschaffung befürworten zu müssen. Ihm traten unsere Genossen Adolf Hoffmann und Dr. Wehl ernstlich entgegen. — Von anderer Seite wurde ein Staffeltarif befürwortet. Diese Frage soll aber später erst noch einmal eingehend geprüft werden.

Die Vorlagen über Erhöhung des Straßenbahn-tariis auf 70 Pfennig vom 1. d. M. ab unter Einführung einer Abkürzung zu 5 Mark, sowie über den Vertrag mit den städtischen Elektrizitätswerken wurden darauf fast einstimmig angenommen. Auch den Vorlagen über die Tarifserhöhung der Straßenbahn und der Hochbahn, sowie über die Eingehung einer Betriebsgemeinschaft zwischen den Bahnen der Stadt Berlin und den Verbandsbahnen wurde zugestimmt.

Von der Vorlage über die Entschädigungspflicht des Bundes gegenüber den Gemeinden für den Verlust ihrer früheren Abgabenteile aus den Verträgen mit der Großen Berliner Straßenbahn nahm die Versammlung zustimmend Kenntnis. Den weiteren Vorlagen über die Ergänzung der Grundfläche für die Remisierung von Rubenel und Hinterbienenenerfassung an die ohne Pensionberechtigung im Dienste der Großen Berliner Straßenbahn stehenden Personen und über die Veränderung der Beförderungsordnung für die Beamten und Festangestellten des Verbandes Groß-Berlin stimmte die Versammlung ohne Erörterung zu.

Der neue Hochbahntarif, der bekanntlich eine Erhöhung der Fahrpreise von 60 auf 75 Pfennig für die dritte und 70 auf 90 Pfennig für die zweite Klasse vorsieht, tritt am Pfingstsonntag 23. Mai, in Kraft.

### Der Beleidigungsprozeß Bod.

In dem Prozeß des Rektors Bod wurde gestern die Beweisaufnahme fortgesetzt, die sich darauf bezog, ob und inwieweit der Kriminalkommissar Toussaint in unzulässiger Weise auf Reugen und Aussagen eingewirkt hat. — Nach der Befragung eines Reugen Erich Freiwald, der früher bei einem Rechtsanwaltschaft gearbeitet hat, habe die voreherein vernommene B. ihm gegenüber einestanden, daß sie in Sachen des Rektors Bod eine falsche Aussage gemacht habe. Der Reuge hat das Mädchen damals darauf aufmerksam gemacht, daß sie ja dann einen Reineid geleistet habe.

Die Reugin, jetzige Frau B., die feinerzeit Schülerin des Bod gewesen ist und auch von Herrn Toussaint vorgeladen und vernommen worden war, erklärt, daß dieser sofort in ihrem gem Tone die Mahnung an sie habe ergehen lassen, ja die Wahrheit zu sagen. Da Rektor Bod auch mit ihr zu tun gehabt habe, er, Toussaint, werde das schändliche Treiben des Rektors aufdecken; sie und die übrigen anwesenden Mädchen hätten allesamt geantwortet — keine aufgenommen. Sie habe erwidert, daß sie mit Rektor Bod nichts zu tun gehabt habe, und darauf in drohem Tone die Antwort erhalten: „Du lägst!“ Ihre antwortende Mutter sei durch dies Reden des Herrn Toussaint ohnmächtig geworden und führe ihre Verdornertigung aus jenen Worten zurück. Die Mutter der Reugin drückte ihre höchste Empörung über das Verhalten des Nebenklägers aus. Er habe der Tochter gegenüber sofort gelant, andere Mädchen hätten schon gekunden; das schändliche Treiben Bod's sei schon bekannt. Herr Toussaint habe dann an die Eltern, die aus



